

ANATOL DUTTA

Die Durchsetzung
öffentlichrechtlicher
Forderungen
ausländischer Staaten
durch deutsche Gerichte

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

172

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

172

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann



Anatol Dutta

Die Durchsetzung öffentlichrechtlicher
Forderungen ausländischer Staaten
durch deutsche Gerichte

Mohr Siebeck

Anatol Dutta, geboren 1976; 1997–2002 Studium der Rechtswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München; 2002–2003 Magister Juris (M. Jur.) an der University of Oxford; 2003–2006 Referendariat am Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg; 2006 Promotion an der Universität Hamburg; seit 2003 Assistent, ab 2007 Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht.

Gedruckt mit Unterstützung der Mathews-Stiftung, der Deutsch-Britischen Juristenvereinigung e.V. und des Auswärtigen Amtes.

978-3-16-158391-9 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-149139-4

ISBN-13 978-3-16-149139-9

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2006 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Vorwort

Es mag auf den ersten Blick verwundern, dass eine Abhandlung zur gerichtlichen Durchsetzung fremder öffentlichrechtlicher Forderungen in den „Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht“ veröffentlicht wird. Das Thema scheint kaum privatrechtlicher Natur zu sein. Dennoch ist die Veröffentlichung in einer internationalprivatrechtlichen Schriftenreihe aus zwei Gründen berechtigt: Zum einen lässt sich der Gegenstand der Untersuchung nur schwer in eine der klassischen juristischen Disziplinen einordnen; dem Öffentlichrechtler wird das behandelte Problem zu international erscheinen, dem Völkerrechtler dagegen zu national, der Internationalprivatrechtler wird sich am scheinbar öffentlichrechtlichen Gewand stoßen und der Prozessrechtler am materiellrechtlichen Bezug. Zum anderen – und vor allem – aber spiegelt der internationalprivatrechtliche Charakter der „Studien“ die Kernthese der folgenden Untersuchung wider: Die Durchsetzung öffentlichrechtlicher Forderungen ausländischer Staaten durch inländische Gerichte ist ein Problem des internationalen Privatrechts. Der ausländische Staat, der seinen Hoheitsbereich verlässt, sich der inländischen Gerichtsbarkeit unterwirft und die inländischen Gerichte zur Verwirklichung seines öffentlichen Rechts in Anspruch nimmt, unterscheidet sich grundsätzlich nicht von einem privaten Kläger aus dem Ausland.

Die vorliegende Schrift wurde im Sommersemester 2006 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Sie ist im Zeitraum von Herbst 2002 bis Sommer 2006 entstanden. Erste Vorarbeiten begannen während meines Studienjahres an der Universität Oxford, den Großteil der Ausführungen habe ich in Hamburg während meiner Assistentenzeit am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht sowie meiner Referendarzeit am Hanseatischen Oberlandesgericht verfasst.

Das Entstehen der Studie bedurfte zahlreicher Unterstützer, denen ich zu großem Dank verpflichtet bin: Professor *Jürgen Basedow* hat mir nicht nur die Möglichkeit gegeben, am Institut als Assistent tätig zu sein; er hat das Thema angeregt und die Arbeit betreut. Professor *Ulrich Ramsauer* hat die Mühen des Zweitgutachtens auf sich genommen und dieses sehr zügig erstellt.

Zahlreiche Kollegen und Freunde haben die Arbeit durch kritische Anmerkungen, durch anregende Diskussionen und durch Hilfe bei der Materialbeschaffung beeinflusst, insbesondere in Hamburg *Axel Metzger*, *Christian A. Heinze*, *Simon Schwarz* und *Friedrich Wenzel Bulst*, in Cambridge *Jens M. Scherpe*, in Oxford *Steven Winter*, in Lausanne *Bart Volders* sowie in München *Matteo Fornasier*.

Den äußeren Rahmen für die Entstehung dieses Buches hat das Institut durch seine produktive Arbeitsatmosphäre, seine Ausstattung und seine Bibliothek geschaffen, der Deutsche Akademische Austauschdienst durch die Gewährung zweier Stipendien zur Finanzierung meines Studiums in Oxford und eines Studienaufenthalts in Den Haag, die Mathews-Stiftung, die Deutsch-Britische Juristenvereinigung und das Auswärtige Amt durch die Bewilligung großzügiger Druckkostenzuschüsse sowie *Ingeborg Stahl* durch unschätzbaren Sachverstand bei der Manuskriptherstellung.

Nachhaltig beschleunigt hat das Schreiben der Arbeit meine Tochter *Helene Benu Dutta* durch ihr fröhliches Wesen. Trotz eigener beruflicher Verpflichtungen mir den Rücken freigehalten und so manchen Fehler im Manuskript beseitigt hat meine Frau *Katharina Jenny Dutta*. Meine Eltern *Erdmuthé Dutta-Kunkel* und *Sadhan Kumar Dutta* haben mich durch fortwährende und tatkräftige Hilfe unterstützt.

Hamburg, im Oktober 2006

Anatol Dutta

Inhaltsübersicht

§ 1 Einleitung.....	1
---------------------	---

1. Teil

Der Grundsatz der gerichtlichen Nichtdurchsetzung öffentlichrechtlicher Forderungen ausländischer Staaten

§ 2 Universalität des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes.....	17
--	----

§ 3 Konturen des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes	28
--	----

2. Teil

Kritik des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes

§ 4 Keine Höherrangigkeit des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes.....	143
--	-----

§ 5 Eingeschränkter Spielraum für einen einfachrechtlichen Nichtdurchsetzungsgrundsatz	232
---	-----

§ 6 Keine Verankerung des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes im einfachen Recht.....	291
--	-----

3. Teil

Allgemeine Grundzüge des internationalen Rechts der fremden öffentlichrechtlichen Forderung

§ 7 Gegenstand und Anwendungsbereich.....	359
---	-----

§ 8 Verfahrensrechtliche Aspekte.....	364
---------------------------------------	-----

§ 9 Kollisionsrechtliche Aspekte	393
--	-----

Ergebnisse.....	431
-----------------	-----

Schrifttum	433
------------------	-----

Sachregister	457
--------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung.....	1
I. Ausgangslage	1
1. Schwach ausgeprägte Verwaltungsvollstreckungshilfe.....	2
2. Kein Rechtsschutz vor den Gerichten	4
II. Rechtfertigung für eine Untersuchung	6
1. Rechtliche Kritik.....	6
2. Rechtspolitische Kritik	7
a) Pros.....	7
b) Cons	9
III. Gegenstand und Gang der Untersuchung.....	13

1. Teil

Der Grundsatz der gerichtlichen Nichtdurchsetzung öffentlichrechtlicher Forderungen ausländischer Staaten

§ 2 Universalität des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes.....	17
I. Die revenue rule im common law	17
1. Fremde Straf- und Steuerforderungen	18
2. Sonstige öffentlichrechtliche Forderungen.....	20
II. Die kontinentale Rechtspraxis.....	22
1. Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz	22
2. Deutschland	23
3. Niederlande.....	26
§ 3 Konturen des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes	28
I. Was verbietet der Nichtdurchsetzungsgrundsatz?.....	28
1. Berücksichtigung des ausländischen öffentlichen Rechts	28
2. Art und Weise der Berücksichtigung des ausländischen öffentlichen Rechts	32
a) Berücksichtigung als Anspruchsgrundlage	32

b)	Berücksichtigung als Anspruchsgrundlage und ausländischer Staat als Kläger.....	34
3.	Treffen einer Maßnahme, die kausal für die Erfüllung einer fremden öffentlichrechtlichen Forderung ist	35
II.	Bestand einer fremden öffentlichrechtlichen Forderung.....	37
1.	Öffentlichrechtlicher Charakter der Forderung	37
a)	Qualifikation	37
b)	Die beiden besonderen Kategorien der revenue rule des common law	39
aa)	Forderungen aus ausländischen penal laws	40
bb)	Forderungen aus ausländischen revenue laws	46
c)	Die allgemeine Kategorie der öffentlichrechtlichen Forderung	50
aa)	Begriff	50
bb)	Eindeutige Fälle	53
cc)	Umstrittene Fälle	56
(1)	„Öffentlichrechtliche“ privatrechtliche Ansprüche	56
(2)	Abschöpfungsansprüche	59
(3)	Spycatcher-Ansprüche	60
d)	Staat als Gläubiger	66
2.	Fremdheit des Gläubigerstaates	67
3.	Bestand der Forderung.....	74
a)	Das ausländische öffentliche Recht muss ein subjektives Recht begründen	75
aa)	Ansprüche auf Beachtung und Einhaltung ausländischen Eingriffsrechts	76
bb)	Ansprüche auf Vollzug ausländischer privatrechtsgestaltender Hoheitsakte	81
(1)	Allgemein.....	81
(2)	Sonderfall ausländische Enteignungsakte?	82
(a)	Unklarer Anspruchsinhalt	84
(b)	Keine Funktion.....	87
b)	Die Voraussetzungen des ausländischen öffentlichen Rechts für die Forderung müssen vorliegen	88
c)	Die öffentlichrechtliche Forderung darf nicht erloschen sein	89
aa)	Regress eines Dritten wegen Erfüllung der Forderung	90
(1)	Grundsatz	90
(2)	Indirekte Anwendung des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes über Einwendungsdurchgriff	93
bb)	Beitreibung der Forderung durch einen Dritten	96

III. Kausale Maßnahme des inländischen Gerichts	96
1. Durchsetzen i. S. d. Nichtdurchsetzungsgrundsatzes	97
a) An Sicherheit grenzende Durchsetzungswahrscheinlichkeit	98
aa) Direktes Zusprechen einer öffentlichrechtlichen Forderung	98
bb) Zusprechen einer zivilrechtlichen Forderung, die eine öffentlichrechtliche Forderung „einkleidet“	100
(1) Einkleidung durch ausländisches Zivilurteil.....	101
(2) Einkleidung durch Vertrag.....	103
(3) Einkleidung durch Delikt.....	104
cc) Das im Urteil Zugespochene fließt letztlich dem ausländischen Staat zu.....	107
b) Bloße Erhöhung der Durchsetzungswahrscheinlichkeit ausreichend?.....	111
aa) Anreiz zur Erfüllung der Forderung durch Sachentscheidung	112
bb) Anreiz zur Erfüllung der Forderung durch prozessuale Entscheidung.....	115
cc) Bewertung	116
2. Kein Durchsetzen i. S. d. Nichtdurchsetzungsgrundsatzes	116
a) Kausalverlauf nicht vorstellbar	117
aa) Erfüllung unabhängig von der Maßnahme des Gerichts	117
bb) Der ausländische Staat erhält durch die Maßnahme nichts	119
b) Zu geringe Durchsetzungswahrscheinlichkeit	121
IV. Rechtsfolge.....	122
1. Grundsatz.....	122
2. Schließen der vom Nichtdurchsetzungsgrundsatz gerissenen Lücken	123
3. Mittelbare Rechtsfolgen des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes ..	124
V. Ausnahmen.....	125
1. Zustimmung durch ein zuständiges Staatsorgan	125
a) Zuständiges Staatsorgan.....	126
b) Art der Zustimmung.....	127
2. Gleichzeitiges Durchsetzen einer inländischen öffentlichrechtlichen Forderung	130
3. Verbürgung der Gegenseitigkeit.....	132
VI. Dogmatische Einordnung.....	133
1. Common law.....	134
2. Kontinentale Rechtsordnungen.....	138

VII. Ergebnis.....	141
--------------------	-----

2. Teil

Kritik des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes

§ 4 Keine Höherrangigkeit des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes.....	143
I. Völkerrechtlicher Nichtdurchsetzungsgrundsatz	143
1. Der Nichtdurchsetzungsgrundsatz als eigenständige Regel des Völkerrechts	144
a) Völkervertragsrecht.....	145
b) Allgemeine Rechtsgrundsätze.....	147
c) Völkergewohnheitsrecht	148
2. Ableitung des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes aus dem Souveränitätsprinzip als unselbständige Regel.....	152
a) Wahrung der forumstaatlichen Souveränität.....	153
aa) Klageerhebung durch den ausländischen Staat als Souveränitätsverletzung	153
(1) Klageerhebung kein extraterritorialer Hoheitsakt	154
(a) Begriff des Hoheitsaktes	154
(b) Folgerung	158
(2) Klageerhebung nicht zwingende Voraussetzung für die Durchsetzung.....	162
bb) Der Hoheitsakt, welcher der fremden öffentlichrechtlichen Forderung zugrunde liegt, als Souveränitätsverletzung	164
cc) Rechtsfolgen einer etwaigen Verletzung der forumstaatlichen Souveränität.....	167
(1) Keine völkerrechtliche Pflicht des Forumstaates zum Schutz seiner eigenen Souveränität	167
(2) Die Antwort des nationalen deutschen Rechts	168
b) Wahrung der gläubigerstaatlichen Souveränität	172
aa) Der ausländische Staat als Kläger beteiligt	172
bb) Der ausländische Staat nicht als Kläger beteiligt	173
c) Wahrung drittstaatlicher Souveränität	175
3. Ergebnis	176
II. Europarechtlicher Nichtdurchsetzungsgrundsatz.....	177
III. Verfassungsrechtlicher Nichtdurchsetzungsgrundsatz.....	179
1. Verfassungsmäßigkeit der gerichtlichen Durchsetzung fremder öffentlichrechtlicher Forderungen.....	180
a) Rechtsstaatsprinzip.....	180

aa)	Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG	181
bb)	Rückwirkungsverbot	182
cc)	Allgemeines Rechtsstaatsprinzip	185
b)	Demokratieprinzip	186
c)	Freiheits-, Eigentums- und Gleichheitsgrundrechte.....	187
d)	Grundsatz der prozessualen Waffengleichheit.....	189
2.	Die verfassungsrechtliche Kompetenz der dritten Gewalt zur Entscheidung der Durchsetzbarkeitsfrage	194
a)	Grundsätzliche Kompetenz der Gerichte zur Durchsetzung fremder öffentlichrechtlicher Forderungen	194
b)	Vorrang der Legislative durch Vorbehalt des Gesetzes.....	196
aa)	Keine grundsätzliche Geltung eines Gesetzesvorbehalts für den Richter	198
(1)	Derivative Bindung.....	198
(2)	Originäre Bindung	198
(3)	Folgerungen für die Entscheidung über die Durchsetzbarkeitsfrage	200
bb)	Ausnahme bei der gerichtlichen Durchsetzung fremder öffentlichrechtlicher Forderungen?	202
(1)	Doppeltes Demokratiedefizit als Verfassungsverstoß?	202
(2)	Kein Verhältnis der Gleichordnung?	205
cc)	Verfassungsrechtliche Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung	207
c)	Vorrang der Exekutive durch Vorbehalt der Außenpolitik.....	208
aa)	Die angloamerikanische Diskussion	208
(1)	Das „embarrassment“-Argument.....	208
(a)	Nichtdurchsetzungsgrundsatz zur Vermeidung eines embarrassment nicht erforderlich ...	210
(b)	Kein embarrassment der Exekutive	212
(c)	Pauschale Nichtdurchsetzung nicht weniger schädlich.....	213
(d)	Kein embarrassment bei indirekter Durchsetzung.....	215
(2)	Das Vorgriffsargument	216
bb)	Übertragbarkeit auf die deutsche Verfassungs- ordnung?	219
(1)	Keine grundsätzliche Kompetenzeinschränkung durch außenpolitischen Vorbehalt	220
(2)	Ausnahmen zum Schutz der außenpolitischen Kompetenz.....	222

(a) Verbot der rechtlichen Bindung.....	223
(aa) Im Außenverhältnis	223
(bb) Im Innenverhältnis.....	226
(b) Verbot der faktischen Einwirkung	226
(aa) Durch mögliches embarrassment.....	227
(bb) Durch möglichen Vorgriff.....	229
3. Ergebnis.....	231
§ 5 Eingeschränkter Spielraum für einen einfachrechtlichen Nichtdurchsetzungsgrundsatz	232
I. Geschriebene Durchsetzungsgebote aus Völkerverträgen und sekundärem Europarecht	232
1. Direkte Durchsetzungsgebote.....	235
2. Indirekte Durchsetzungsgebote	236
a) Gerichtliche Vollstreckungshilfe	236
aa) Quellen	237
bb) Durchsetzungsgebot an die Gerichte.....	239
b) Verwaltungsvollstreckungshilfe.....	241
aa) Quellen	241
(1) Völkervertragsrecht	241
(2) Gemeinschaftsrecht.....	242
bb) Durchsetzungsgebot an die Gerichte.....	244
c) Gemeinsame Vollstreckungshilfe durch Gerichte und Behörden in Strafsachen	246
aa) Quellen	246
(1) Völkervertragsrecht	246
(2) Unionsrecht.....	247
bb) Durchsetzungsgebot an die Gerichte.....	248
3. Keine Durchsetzungsgebote	249
a) Amts- und Rechtshilfe bei der Forderungserhebung	249
aa) Quellen	250
bb) Kein Durchsetzungsgebot an die Gerichte	252
b) Anwendung ausländischer öffentlichrechtlicher Normen auf Privatrechtsverhältnisse	253
c) Zuständigkeit zur Forderungserhebung	254
d) Anerkennung privatrechtsgestaltender Hoheitsakte.....	255
II. Ungeschriebene Durchsetzungsgebote.....	255
1. Völkerrecht	256
a) Allgemeines Völkerrecht	256
b) Völkervertragsrechtliche Rechtsfortbildung.....	257
2. Europäisches Primärrecht	259
a) Unionstreue.....	260

b) Grundfreiheiten und das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung.....	262
c) Art. 10 EG und die akzessorische Funktionssicherung des Gemeinschaftsrechts.....	264
aa) Funktionssicherung durch allgemeines Durchsetzungsgebot	265
(1) Zur Sicherung des Solidaritätsprinzips.....	265
(2) Zur Sicherung des Binnenmarktziels.....	267
(3) Zur Schaffung eines Raumes der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts.....	271
bb) Funktionssicherung durch besondere Durchsetzungsgebote.....	272
(1) Gemeinschaftsrechtliche Zuständigkeit zum Treffen der durchsetzenden Maßnahme	273
(a) Zuständigkeit nach der EuGVO zum Treffen einer durchsetzenden Maßnahme.....	273
(aa) Direkte Durchsetzung.....	273
(bb) Indirekte Durchsetzung.....	273
(b) Gerichtliches Durchsetzungsgebot.....	275
(2) Voraussetzungen der öffentlichrechtlichen Forderung durch Gemeinschaftsrecht harmonisiert	279
(3) Gemeinschaftsrechtliche Gebotenheit der Existenz der Forderung	280
(a) Beispiel I: Bußgelder nach Art. 5 Abs. 1 Satz 2 letzter Spiegelstrich der Verordnung Nr. 1/2003	280
(b) Beispiel II: Rückforderung gemeinschaftswidriger Beihilfen.....	282
(4) Ergebnis und Rechtsfolge	283
3. Verfassungsrecht	284
a) Act-of-state-Doktrin.....	285
b) Verfassungsentscheidung für eine internationale Zusammenarbeit.....	286
c) Verfassungsrechtliche Justizgewährungspflicht	286
III. Ergebnis.....	290
§ 6 Keine Verankerung des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes im einfachen Recht.....	291
I. Keine ausdrückliche Regelung.....	291
II. Negative Begründung des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes.....	294

1.	Das Fehlen einer gesetzlichen Durchsetzbarkeitsanordnung als beredtes Schweigen: Der Grundsatz der gerichtlichen Forderungsdurchsetzbarkeit.....	294
a)	Begriff der gerichtlichen Forderungsdurchsetzbarkeit	295
b)	Herleitung des Grundsatzes	295
c)	Anwendbarkeit bei fremden öffentlichrechtlichen Forderungen	297
2.	Das Fehlen von Durchsetzungsregeln als beredtes Schweigen: Das Rechtsverweigerungsverbot.....	298
3.	Ergebnis	303
III.	Positive Begründung des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes	303
1.	Fehlen einer Justizgewährungspflicht des deutschen Staates hinsichtlich fremder öffentlichrechtlicher Forderungen.....	303
2.	Umkehrschluss zu gesetzlichen Ausnahmen von der Nichtdurchsetzbarkeit	309
3.	Als Ausprägung eines Prinzips, dass Hoheitsinteressen fremder Staaten nicht gefördert werden	312
a)	Grundsätzliche Förderung fremder Hoheitsinteressen.....	314
aa)	Förderung fremder Hoheitsinteressen zum Schutz von Privatinteressen	315
bb)	Förderung fremder Hoheitsinteressen aufgrund eigener Hoheitsinteressen.....	319
(1)	Interessenidentität	319
(2)	Interesse an internationaler Ordnung	322
(3)	Interesse an Gegenseitigkeit	327
cc)	Zwischenergebnis	330
b)	Ausnahmsweise Nichtförderung fremder Hoheitsinteressen	331
aa)	Nichtförderung fremder Hoheitsinteressen wegen extraterritorial bezogener Ausübung	331
(1)	Eine Frage des nationalen Rechts	331
(2)	Wann übt der ausländische Staat nach nationalem Recht seine Hoheitsinteressen extraterritorial bezogen aus?.....	336
(3)	Folgerungen	338
(a)	Der forderungsbegründende Hoheitsakt als Anknüpfungspunkt.....	338
(b)	Änderung der territorialen Bezogenheit durch gerichtliche Durchsetzung im Inland	341
bb)	Nichtförderung fremder Hoheitsinteressen aufgrund ihres Inhalts	343
(1)	Gegen eigene Hoheitsinteressen gerichtete fremde Hoheitsinteressen.....	344

(2) Von parallelen eigenen Hoheitsinteressen wesentlich abweichende fremde Hoheitsinteressen	346
(3) Weniger bedeutende fremde Hoheitsinteressen.....	347
cc) Nichtförderung fremder Hoheitsinteressen wegen nicht verbürgerter Gegenseitigkeit	349
c) Ergebnis	353
IV. Ergebnisse und Konsequenzen für die weitere Untersuchung	354
1. Nichtdurchsetzungsgrundsatz ohne rechtliche Basis.....	354
2. Keine Differenzierung zwischen EG-Mitgliedstaaten und Drittstaaten.....	355
3. Suche nach Durchsetzungsregeln	356

3. Teil

Allgemeine Grundzüge des internationalen Rechts der fremden öffentlichrechtlichen Forderung

§ 7 Gegenstand und Anwendungsbereich.....	359
I. Spezielle Regelungen: Vorschriften über direkte Durchsetzung	359
II. Abschließende Regelungen: Vorschriften über Vollstreckungshilfe	360
1. Gerichtliche Vollstreckungshilfe.....	361
2. Verwaltungsvollstreckungshilfe	362
3. Vollstreckungshilfe in Strafsachen.....	363
§ 8 Verfahrensrechtliche Aspekte.....	364
I. Der ausländische Staat als Kläger	364
II. Der richtige Rechtsweg	366
1. Der Rechtsstreit über eine fremde öffentlichrechtliche Forderung als strukturell privatrechtliche Streitigkeit.....	368
2. Zivilprozess sachgerechter	370
III. Internationale Zuständigkeit der deutschen Gerichte.....	373
1. Europäisches Zuständigkeitsrecht	373
2. Autonomes internationales Zuständigkeitsrecht.....	375
IV. Sperrwirkung anderweitiger Verfahren oder entgegenstehender Entscheidungen	376
1. Verfahren oder Entscheidung im Inland.....	376
a) Gerichtliches Verfahren oder gerichtliche Entscheidung über die fremde öffentlichrechtliche Forderung	376

b)	Behördliches Verfahren oder behördliche Entscheidung über die fremde öffentlichrechtliche Forderung	377
c)	Verfahren oder Entscheidung über eine inländische öffentlichrechtliche Forderung.....	378
2.	Verfahren oder Entscheidung im Ausland.....	380
a)	Gerichtliches Verfahren oder gerichtliche Entscheidung über die fremde öffentlichrechtliche Forderung	380
b)	Behördliches Verfahren oder behördliche Entscheidung über die fremde öffentlichrechtliche Forderung	382
V.	Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis	384
1.	Ausländische Verwaltungsvollstreckung	384
2.	Inländische Verwaltungsvollstreckungshilfe.....	385
a)	Übertragbarkeit der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts	386
b)	Inanspruchnahme der Verwaltungsvollstreckungshilfe kein schnelleres und einfacheres Rechtsschutzmittel	387
aa)	Verwaltungsvollstreckungshilfe länger und beschwerlicher.....	387
bb)	Verwaltungsvollstreckungshilfe weniger sicher und weniger rechtsschutzintensiv.....	389
c)	Ergebnis	391
VI.	Widerklage	391
§ 9	Kollisionsrechtliche Aspekte	393
I.	Die Verweisungsnorm.....	393
1.	Grundsatz.....	393
2.	Herleitung	394
a)	Das Prinzip der engsten Verbindung	395
b)	Die Einseitigkeit des so genannten „internationalen öffentlichen Rechts“.....	397
c)	Wertungen aus besonderen Durchsetzungsregeln.....	399
3.	Reichweite	401
a)	Erfasste Forderungen	401
b)	Erfasste Rechtsfragen.....	403
c)	Sachnorm- oder Gesamtverweisung?.....	403
4.	Qualifikation.....	404
a)	Begriff der öffentlichrechtlichen Forderung	404
b)	Qualifikationsstatut	404
c)	Funktionale Qualifikation	406
II.	Die Anwendung des ausländischen öffentlichen Rechts.....	407
1.	Forderung aus abstraktem Hoheitsakt	407

2. Forderung aus konkretem Hoheitsakt.....	408
a) Konkretisierender oder titulierender Hoheitsakt als Basis.....	408
b) Zwei Probleme.....	408
aa) Fehlen eines konkretisierenden Hoheitsaktes.....	408
bb) Prüfungsdichte.....	409
c) Lösungen.....	409
aa) Verweisung auf das gesamte öffentliche Recht.....	409
bb) Verweisung allein auf das materielle öffentliche Recht.....	411
(1) Argumente.....	411
(2) Folgerungen.....	414
III. Der ordre-public-Vorbehalt.....	416
1. Geltung.....	416
2. Allgemeine Voraussetzungen.....	417
a) Inlandsbezug, zurückhaltende Anwendung.....	417
b) Gegenstand der Prüfung.....	418
c) Rechtsfolgen.....	419
3. Inhaltliche Konkretisierung.....	420
a) Völkerrechtlicher und europarechtlicher ordre public.....	420
b) Verfassungsrechtlicher ordre public.....	421
c) Einfachrechtlicher ordre public.....	422
aa) „Extraterritoriale Bezogenheit“ der fremden öffentlichrechtlichen Forderung.....	423
bb) „Anstößiger Inhalt“ der öffentlichrechtlichen Forderung.....	426
(1) Gegenläufige inländische Hoheitsinteressen.....	427
(2) Wesentlich abweichende inländische Hoheitsinteressen.....	427
IV. Ergebnis.....	429
 Ergebnisse.....	 431
Schrifttum.....	433
Sachregister.....	457

§ 1 Einleitung

Der Londoner Nebel ist legendär. Während früher der Rauch unzähliger Kohleöfen und das feuchte Klima der Insel erst die schaurig-romantische Kulisse für die Schurken eines *Bram Stoker* oder *Arthur Conan Doyle* boten, wird der „big smoke“, der heutzutage durch einen infernalischen Autoverkehr ausgelöst wird, zunehmend zum Ärgernis. Es verwundert deshalb nicht, dass die Stadtväter der Millionenmetropole dem Smog den Kampf angesagt haben. Als eine wirksame Maßnahme entpuppte sich dabei die Einführung einer so genannten congestion charge. Jeder Automobilist, der in den besonders belasteten Stadtkern fährt, ist verpflichtet, den nicht ganz unwesentlichen Betrag von derzeit £ 8 pro Tag zu entrichten; bei nicht rechtzeitigem Bezahlen wird eine empfindliche Geldbuße fällig. Die congestion charge wird mit zeitgemäßer Überwachungstechnik von einer Körperschaft namens Transport for London erhoben, die gemäß Section 154 Abs. 1 des Greater London Authority Act¹ als „Unternehmen“ der Stadt London errichtet wurde.

Von Zeit zu Zeit wagt sich sicher auch ein deutscher Tourist mit seinem Auto am Marble Arch vorbei in die Oxford Street und ahnt dabei nicht, dass damit besagte Gebühr fällig wird. Ein solcher ahnungsloser Tourist wird sich nicht nur wundern, was es mit der roten Fahrbahnmarkierung und dem überdimensionalen „C“ am Eingang der Oxford Street auf sich haben könnte. Er wird es wahrscheinlich auch nach seiner Rückkehr in die Heimat nicht erfahren. Geht man für den Moment davon aus, dass die congestion charge sowie die Geldbuße wegen Nichtbezahlens derselben aus deutscher Sicht öffentlichrechtliche Forderungen darstellen, so wird es Transport for London sehr schwer haben, diese Ansprüche in Deutschland durchzusetzen.

I. Ausgangslage

Schuld an dieser Quasi-Immunität vor öffentlichrechtlichen Ansprüchen ausländischer Staaten ist die schlechte Durchsetzungslage für solche Forderungen im Inland. Die Hoheitsgewalt eines jeden Staates ist völkerrecht-

¹ 1999 (UK) c. 29.

lich auf sein Hoheitsgebiet beschränkt². Ein ausländischer Staat kann damit seine öffentlichrechtlichen Forderungen durch die *eigenen* Behörden und Gerichte nur auf seinem Territorium durchsetzen. Solange sich also der deutsche Tourist auf dem Boden der britischen Inseln befindet, kann Transport for London ohne weiteres ihre öffentlichrechtlichen Forderungen selbst vollziehen. Es kann etwa durch Kontrollen gewährleisten, dass keine säumigen congestion-charge-Schuldner das Land verlassen, ohne ihre Schuld zu begleichen. Die Schwierigkeiten beginnen erst, wenn der öffentlichrechtliche Schuldner dem ausländischen Gläubigerstaat weder in Person noch mit seinem Vermögen habhaft ist, sondern etwa nur dem inländischen Staat. Der ausländische Staat ist dann bei der Realisierung seines Anspruchs auf die Mithilfe *inländischer* Staatsorgane angewiesen.

1. Schwach ausgeprägte Verwaltungsvollstreckungshilfe

Theoretisch könnte jede inländische staatliche Stelle bei der Durchsetzung der öffentlichrechtlichen Forderung des ausländischen Staates behilflich sein. Denkbar wäre zunächst, dass die inländischen *Verwaltungsbehörden* dem ausländischen Staat beistehen und dessen Forderungen – wie inländische öffentlichrechtliche Forderungen – einseitig im Wege der Verwaltungsvollstreckung per Bescheid in einem verwaltungs eigenen Verfahren ohne Beteiligung der Gerichte betreiben³. Allerdings dürfen in den meisten Rechtsordnungen die Verwaltungsbehörden aus verfassungsrechtlichen Gründen belastende Maßnahmen wie die Beitreibung von fremden öffentlichrechtlichen Forderungen nur treffen, wenn sie hierzu vom Gesetzgeber ermächtigt wurden⁴.

Solche Ermächtigungen für eine grenzüberschreitende Verwaltungsvollstreckungshilfe existieren teilweise, auch wenn die Staaten derzeit von einer „verwaltungsrechtlichen Exekutivgemeinschaft“⁵ weit entfernt sind. Vor allem haben sich die Staaten auf der völkervertraglichen und europäischen Ebene der gegenseitigen Durchsetzung ihrer öffentlichrechtlichen Forderungen durch die Verwaltungsbehörden angenommen und sich in verschiedenen Rechtsakten zur Verwaltungsvollstreckungshilfe verpflichtet. Auch gegen den deutschen Touristen besteht deshalb unter Umständen eine Möglichkeit für Transport for London, ihre £ 8 sowie ein Bußgeld wegen Nichtbezahlens derselben zu erlangen. Die Gebührenforderung

² Siehe nur StIGH 7.9.1927 (*Lotus Case*) PCIJ ser. A, No. 9, S. 18.

³ Vgl. etwa für Deutschland hinsichtlich der öffentlichrechtlichen Forderungen des Bundes die Vorschriften des Verwaltungs-Vollstreckungsgesetzes vom 27.4.1963, BGBl. 1953 I 157, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1997, BGBl. 1997 I 3039.

⁴ Vgl. etwa für Deutschland BVerfG 22.3.1983, BVerfGE 63, 343 (366).

⁵ *Isay*, Bonner FG Ernst Zitelmann (1923) 289 (300).

ließe sich eventuell nach der europäischen Beitreibungsrichtlinie⁶ bzw. dem deutschen umsetzenden EG-Beitreibungsgesetz⁷ mittels der deutschen Steuerbehörden⁸ vollstrecken. Das scheitert aber daran, dass die Beitreibungsrichtlinie trotz ihrer Ausdehnung auf mittlerweile fast sämtliche Steuerarten⁹ Gebührenforderungen anderer Mitgliedstaaten für die Nutzung öffentlicher Sachen wie Verkehrsstraßen nicht erfasst. Auch fällt eine Kraftfahrzeugssteuer, der die congestion charge bei steuerrechtlicher Qualifikation allenfalls ähneln würde, nicht unter die Richtlinie. Denkbar wäre für Transport for London aber ein Rückgriff auf einen Rechtsakt der Europäischen Union. Seit Anfang 2005 verpflichtet ein Rahmenbeschluss des Rates der Europäischen Union die Mitgliedstaaten zum Erlass von Vorschriften über die grenzüberschreitende Vollstreckung von Bußgeldern¹⁰. Weder die congestion charge noch die Bußgeldforderung wegen Nichtbezahlens derselben fallen unter diesen Rahmenbeschluss. Zwar basiert wohl zumindest die Bußgeldforderung auf einer „Entscheidung“ i. S. d. Art. 1 lit. a des Rahmenbeschlusses, etwa auf einer behördlichen Entscheidung wegen einer Zuwiderhandlung gegen Rechtsvorschriften nach Art. 1 lit. a Ziff. iii. Aber der Rahmenbeschluss konstituiert nur dann eine *Pflicht* der Mitgliedstaaten zur Vollstreckungshilfe, wenn sich die betreffenden Forderungen entweder aus den in Art. 5 Abs. 1 enumerativ aufgeführten Straftaten *oder* Verwaltungsübertretungen ergeben oder nach dem Recht des Vollstreckungsstaates gemäß Art. 5 Abs. 3 auf einer Straftat basieren. Möglich wäre allenfalls eine Subsumtion der congestion-charge-Forderungen unter Art. 5 Abs. 1 Spiegelstrich 33, der Ansprüche für eine „gegen die den Straßenverkehr regelnden Vorschriften verstoßende Verhaltensweise“ dem Vollstreckungsregime des Rahmenbeschlusses unterwirft. Die congestion charge wird aber kaum von Spiegelstrich 33 erfasst; sie knüpft

⁶ Richtlinie 76/308/EWG des Rates vom 15.3.1976 über die gegenseitige Unterstützung bei der Beitreibung von Forderungen im Zusammenhang mit Maßnahmen, die Bestandteil des Finanzierungssystems des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft sind, sowie von Abschöpfungen und Zöllen, ABl. EG 1976 Nr. L 73, S. 18.

⁷ Gesetz zur Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 15.3.1976, BGBl. 2003 I 654, zuletzt geändert durch Gesetz vom 9.12.2004, BGBl. 2004 I 3310.

⁸ Vgl. § 2 Abs. 3 EG-Beitreibungsgesetz (vorherige Note).

⁹ Zuletzt durch die Richtlinie 2001/44/EG des Rates vom 15.6.2001 zur Änderung der Richtlinie 76/308/EWG über die gegenseitige Unterstützung bei der Beitreibung von Forderungen im Zusammenhang mit Maßnahmen, die Bestandteil des Finanzierungssystems des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft sind, sowie von Abschöpfungen und Zöllen und bezüglich der Mehrwertsteuer und bestimmter Verbrauchsteuern, ABl. EG 2001 Nr. L 175, S. 17.

¹⁰ Rahmenbeschluss 2005/214/JI des Rates vom 24.2.2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen, ABl. EU 2005 Nr. L 76, S. 16.

nicht an ein Fehlverhalten des Schuldners an. Aber auch auf die Bußgeldforderung wegen Nichtbezahlens der congestion charge findet wohl Art. 5 Abs. 1 Spiegelstrich 33 keine Anwendung. Das Bußgeld wird schließlich nicht verhängt, weil der deutsche Tourist straßenverkehrswidrig in die Oxford Street gefahren ist, sondern weil er hierfür nicht rechtzeitig bezahlt hat. Auch wäre die congestion charge oder das Bußgeld wegen Nichtbezahlens derselben kaum nach deutschem Verständnis eine Straftat nach Art. 5 Abs. 3 des Rahmenbeschlusses. Transport for London sind also die deutschen Behörden als Helfer bei der Durchsetzung ihrer öffentlichrechtlichen Forderungen verschlossen.

2. *Kein Rechtsschutz vor den Gerichten*

Naheliegend ist deshalb, dass ausländische Staaten, soweit die inländischen Behörden mangels Ermächtigungsgrundlage nichts ausrichten können, die inländischen *Gerichte* zur Forderungsdurchsetzung nutzen. Schließlich ist es Aufgabe der Gerichte, subjektive Rechte durchzusetzen. Sie sind im Staatsaufbau die zuständigen Stellen, die dem Rechtsuchenden bei der Realisierung seiner Ansprüche behilflich sind, und sollten eigentlich auch für den ausländischen Staat die erste Anlaufstelle sein.

Aus diesem Grund öffnen vor allem auf der Ebene des Gemeinschaftsrechts die Mitgliedstaaten für bestimmte öffentlichrechtliche Forderungen ausdrücklich die Tore der inländischen Gerichte. Allerdings handelt es sich hierbei um wenige pointillistische Ausnahmen für öffentlichrechtliche Forderungen im Bereich des Kulturgüterschutzes¹¹ und des Insolvenzrechts¹², auf die noch einzugehen sein wird, die aber etwa Transport for London bei ihrer Forderungsbeitreibung nicht weiterhelfen würden. Nutzlos für Transport for London ist auch das ausgereifte Instrumentarium der europäischen Vollstreckungshilfe in Form der Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung (EuGVO)¹³ und der Vollstreckungstitelverordnung¹⁴. Selbst wenn Transport for London vor den englischen Gerichten ein Urteil gegen den

¹¹ Vgl. Art. 5 der Richtlinie 93/7/EWG des Rates vom 15.3.1993 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern, ABl. EG 1993 Nr. L 74, S. 74.

¹² Vgl. Art. 39 der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29.5.2000 über Insolvenzverfahren, ABl. EG 2000 Nr. L 160, S. 1.

¹³ Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 22.12.2000, ABl. EG 2001 Nr. L 12, S. 1, berichtigt ABl. EG 2001 Nr. L 307, S. 28.

¹⁴ Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.4.2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen, ABl. EU 2004 Nr. L 143, S. 15.

deutschen Touristen erlangt, wird sie dieses in Deutschland nicht nach der EuGVO vollstrecken, geschweige denn in England einen Europäischen Vollstreckungstitel erlangen können. Sowohl die EuGVO als auch die Vollstreckungstitelverordnung sind ausweislich ihres jeweiligen Art. 1 Abs. 1 auf Zivil- und Handelssachen beschränkt. Zwar wird noch aufzuzeigen sein, dass ausnahmsweise nach nationalem Verständnis öffentlich-rechtliche Forderungen für Zwecke der EuGVO oder der Vollstreckungstitelverordnung als privatrechtlich zu qualifizieren sind; aber der Rechtsstreit über die congestion charge als Gebührenforderung für die Inanspruchnahme öffentlicher Sachen bzw. der Rechtsstreit über die Geldbuße für deren Nichtbezahlen wird keine Zivil- und Handelssache i. S. d. Art. 1 Abs. 1 der EuGVO und der Vollstreckungstitelverordnung sein, wie insbesondere ein Blick auf die Entscheidung des EuGH in *Eurocontrol* zeigt¹⁵.

Es fragt sich deshalb, ob die inländischen Gerichte auch ohne ausdrückliche Ermächtigung zur grenzüberschreitenden Durchsetzung fremder öffentlich-rechtlicher Forderungen zur Verfügung stehen. Dass dem offenbar nicht so ist, folgt aus dem ungeschriebenen *Nichtdurchsetzungsgrundsatz*¹⁶, der den inländischen Gerichten verbietet, öffentlich-rechtliche Forderungen ausländischer Staaten durchzusetzen. Die Rechtsprechung – aber auch die überwiegende Literatur – sträuben sich mit den verschiedensten Argumenten gegen die Idee, ein inländisches Gericht könne einem ausländischen Staat bei der Beitreibung eines öffentlich-rechtlichen Anspruchs ohne besondere Ermächtigung behilflich sein. Verbreitet sind bei den Gerichten vor allem drei Argumentationslinien: Erstens bedeute die gerichtliche Durchsetzung einer fremden öffentlich-rechtlichen Forderung durch den inländischen Richter eine Ausweitung der Staatsgewalt dieses Staates über seine Grenzen hinaus und gefährde die Souveränität des Forumstaates (Souveränitätsargument)¹⁷. Zweitens fehle den inländischen Gerichten aus Gründen der Gewaltenteilung die verfassungsrechtliche

¹⁵ EuGH 14.10.1976, Rs. 29/76 (*Eurocontrol*) Slg. 1976, 1541.

¹⁶ Begriff nach *Frey*, 13 Syra. L. R. 591 (1961-1962) 591: „Principle of Nonenforcement“.

¹⁷ Vgl. KG 19.11.1908, OLGE 20, 91 (91, 92); OLG Hamm 27.4.1912, OLGE 25, 333 (334 f.); CA Genova 14.1.1932, Riv. dir. int. 1932, 432 (432); Rb. 's-Hertogenbosch 16.1.1953, Ned. Jurispr. 1954 Nr. 301 (S. 586); *Government of India v. Taylor* [1955] AC 491 (HL) 511 (Lord Keith); Hof Amsterdam 9.4.1959, Ned. Jurispr. 1960 Nr. 149 (S. 413); LG Offenburg 30.12.1960, IPRspr. 1960/1961 Nr. 172 (S. 551); *United States of America v. Harden* (1963) 41 DLR (2d) 721 (SC Canada) 724 (Cartwright J); *Commissioner of Taxes v. MacFarland*, 1965 (1) SA 470 (WLD) 473 (Vieyra J); *Attorney-General of New Zealand v. Ortiz* [1982] 2 Lloyd's Rep. 224 (CA) 231 (Lord Denning MR); BSG 26.1.1983, BSGE 54, 250 (255); FL OGH 31.3.1987, IPRax 1990, 409 (414); *Re Tucker* [1988] LRC (Comm) 995 (HC Isle of Man) 1002 (Hytner J); *Re Tucker* [1988] Fin. L. R. 378 (RC Jersey) 392 f. (Crill); BGH 4.10.2005, WM 2005, 2274 (2276).

Kompetenz, über die Durchsetzung fremder öffentlichrechtlicher Forderungen zu befinden; eine solche Entscheidung würde die äußeren Angelegenheiten des Forumstaates berühren, deren Wahrnehmung anderen Staatsorganen zugewiesen sei (Gewaltenteilungsargument)¹⁸. Und drittens habe der Forumstaat kein Interesse, die fremden Staatsinteressen durch die gerichtliche Durchsetzung fremder öffentlichrechtlicher Forderungen zu fördern (Interessenargument)¹⁹.

II. Rechtfertigung für eine Untersuchung

Mit der schlechten grenzüberschreitenden Durchsetzungslage für fremde öffentlichrechtliche Forderungen sollte man sich ohne nähere Untersuchung nicht abfinden.

I. Rechtliche Kritik

Zunächst drängt sich die Frage nach den rechtlichen Ursachen für die schlechte grenzüberschreitende Durchsetzungslage auf. Während man die geringe Durchsetzungsbereitschaft der inländischen *Verwaltungsbehörden* de lege lata ohne weiteres mit dem Fehlen ermächtigender (gesetzlicher)

¹⁸ Vgl. *Moore v. Mitchell*, 30 F2d 600 (2d Cir. 1929) 604 (Hand J); *State of Ohio v. Flower*, 59 Pa. D. & C. 14 (1947) 16 (Rowley J); *Peter Buchanan Ltd v. McVey* [1954] IR 89 (HC Ireland) 105 f. (Kingsmill Moore J), bestätigt durch [1954] IR 114 (SC Ireland); *Government of India v. Taylor* [1955] AC 491 (HL) 511 (Lord Keith); *United States of America v. Harden* (1963) 41 DLR (2d) 721 (SC Canada) 724 f. (Cartwright J); *Banco Nacional de Cuba v. Sabbatino*, 84 SCt 923 (1964) 945 (Harlan J); *Her Majesty the Queen in Right of the Province of British Columbia v. Gilbertson*, 433 FSupp 410 (D.Or. 1977) 411 (Burns J), bestätigt durch 597 F2d 1161 (9th Cir. 1979) 1164 (Anderson J); *Her Majesty's Attorney-General v. Heinemann Publishers* (1988) 165 CLR 30 (HC Australia) 43 f.; *Stringham v. Dubois* [1993] 3 WWR 273 (CA Alberta) 281 (Stratton J); *United States v. Boots*, 80 F3d 580 (1st Cir. 1996) 587 (Campbell J); *United States v. Pierce*, 224 F3d 158 (2d Cir. 2000) 163 (Sack J); *Attorney General of Canada v. R.J. Reynolds Tobacco Holdings, Inc.*, 268 F3d 103 (2d Cir. 2001) 112 f., 122 (Katzmann J); *Republic of Honduras v. Philip Morris Companies, Inc.*, 341 F3d 1253 (11th Cir. 2003) 1158 (Dubina J); *United States v. Pasquantino II*, 336 F3d 321 (4th Cir 2003) 327 (Hamilton J); *Pasquantino v. United States*, 125 SCt 1766 (2005) 1779 (Thomas J).

¹⁹ Vgl. KG 19.11.1908, OLGE 20, 91 (91 f.); *Government of India v. Taylor* [1955] AC 491 (HL) 511 (Lord Somervell); BGH 18.2.1957, BGHZ 23, 333 (337 f.); LG Offenburg 30.12.1960, IPRspr. 1960/1961 Nr. 172 (S. 551); *Banco Nacional de Cuba v. Sabbatino*, 84 SCt 923 (1964) 950 f. (White J, dissenting); *Her Majesty the Queen in Right of the Province of British Columbia v. Gilbertson*, 597 F2d 1161 (9th Cir. 1979) 1165 (Anderson J); Trib. Milano 11.2.1985, Riv. dir. int. priv. proc. 1987, 346 (347); *Republic of Honduras v. Philip Morris Companies, Inc.*, 341 F3d 1253 (11th Cir. 2003) 1157 (Dubina J); *Pasquantino v. United States*, 125 SCt 1766 (2005) 1779 (Thomas J).

Normen beantworten und allenfalls *de lege ferenda* auf eine bessere Zusammenarbeit bei der gegenseitigen Verwaltungsvollstreckungshilfe hoffen kann²⁰, bergen zumindest die rechtlichen Gründe für die geringe Durchsetzungsbereitschaft der inländischen *Gerichte* Raum für kritische Hinterfragung. So ist es auf den ersten Blick wenig einsichtig, wie eine Entscheidung eines Gerichts, dessen Urteil sich der ausländische Staat unterworfen hat, die Souveränität des eigenen Staates gefährden kann. Auch fragt es sich, warum gerade die Durchsetzung einer fremden öffentlichrechtlichen Forderung in die außenpolitische Kompetenz anderer Staatsorgane eingreift, dagegen umgekehrt die Nichtdurchsetzung der Forderung nicht. Auch die Abweisung des ausländischen Staates betrifft das Verhältnis des Forumstaates zum ausländischen Staat. Schließlich überzeugt auch nicht unmittelbar, dass der inländische Staat kein Interesse an einer gerichtlichen Durchsetzung fremder öffentlichrechtlicher Forderungen besitzt. Die meisten Staaten fördern heutzutage nicht nur aufgrund völker- oder europarechtlicher Verpflichtungen, sondern auch freiwillig auf vielfältige Weise Hoheitsinteressen anderer Staaten. Warum besteht gerade an einer Förderung ausländischer Staatsinteressen durch die gerichtliche Durchsetzung fremder öffentlichrechtlicher Forderungen kein Interesse der Staaten?

2. Rechtspolitische Kritik

Wichtig ist aber auch ein zweiter Grund für die folgende Untersuchung. Es wäre rechtspolitisch wünschenswert, wenn öffentlichrechtliche Forderungen grenzüberschreitend durchgesetzt werden könnten.

a) Pros

Für eine grenzüberschreitende Durchsetzung öffentlichrechtlicher Forderungen spricht vor allem die *grundsätzliche Gerechtigkeitserwägung*, dass – woran überwiegend auch die rechtspolitische Kritik am Nichtdurchsetzungsgrundsatz anknüpft²¹ – derjenige, der Verpflichtungen unterliegt,

²⁰ Wie etwa *Williams & Humbert v. W. & H. Trade Marks (Jersey) Ltd* [1986] AC 368 (HL) 428 (Lord Templeman).

²¹ Vgl. *State of Oklahoma v. Neely*, 282 SW2d 150 (Ark. 1955) 152 (Smith J); *Williams & Humbert v. W. & H. Trade Marks (Jersey) Ltd* [1986] AC 368 (HL) 428 (Lord Templeman); *United States v. Trapilo*, 130 F3d 547 (2nd Cir. 1997) 550 in N. 4 (Meskill J); *The European Community v. RJR Nabisco, Inc.*, 150 FSupp2d 456 (EDNY 2001) 481 (Garaufis J); Note, 29 Col. L. R. 782 (1929) 787; *Leflar*, 46 Harv. L. R. 193 (1932-1933) 216; Note, 84 U. Pa. L. R. 526 (1935-1936) 528; *Palmer*, 18 U. Cin. L. R. 498 (1949) 499; Note, 50 Col. L. R. 490 (1950) 492; Note, 77 Harv. L. R. 1327 (1963-1964) 1330; *Castel* (1964) 42 Can. Bar R. 277 (278); *Johnson*, 10 Harv. Int'l L. J. 263 (1969) 263 f.; *Cohen*, 11 Harv. Int'l L. J. 1 (1970) 3 f.; *Greenberg*, 43 Brook. L. R. 630

sich diesen Verpflichtungen nicht durch einseitige Maßnahmen entziehen können soll. Das gilt umso mehr für öffentlichrechtliche Verpflichtungen, die jeder Staat zur Aufrechterhaltung seines Gemeinwesens in irgendeiner Form gegenüber dem Einzelnen begründen muss; zumal die Staaten das Leben ihrer Bürger eher zunehmend als abnehmend regulieren und dabei ständig öffentlichrechtliche Forderungen begründen. Die derzeitige schlechte grenzüberschreitende Durchsetzungslage führt aber gerade dazu, dass sich der Einzelne seinen öffentlichrechtlichen Verpflichtungen entledigen kann; der Schuldner muss lediglich einen Zugriff des Staates auf seine Person und sein Vermögen verhindern. Aufgrund der Beschränkung der Hoheitsgewalt eines jeden Staates auf das eigene Territorium erreicht der Schuldner dies, indem er seine Person und sein Vermögen vom Hoheitsgebiet des Gläubigerstaates fernhält.

Diese einseitige Entzugsmöglichkeit wird durch die Globalisierung noch verstärkt. Die nachhaltige Beschleunigung und Kostenreduktion beim Transport von Personen, Waren und Daten als Hauptursachen der Globalisierung²² tragen dazu bei, dass der Einzelne seine Person und sein Vermögen schnell und günstig auf der Welt bewegen kann. Den Staaten ist es aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nur begrenzt möglich, durch Regulierung zu gewährleisten, dass der Schuldner die durch die Globalisierung eröffneten Wege nicht nutzt, um auf diese Weise zwar nicht die Begründung öffentlichrechtlicher Verpflichtungen, aber eine Durchsetzung der Verpflichtungen zu verhindern. Zum einen verträgt sich eine übermäßige Beschränkung des grenzüberschreitenden Verkehrs von Gegenständen und Personen nur schwerlich mit Integrationsprojekten wie etwa der Europäischen Gemeinschaft. Zum anderen kann der Staat, selbst wenn er dürfte, zur lückenlosen Durchsetzung seiner öffentlichrechtlichen Forderungen die

(1977) 630; *Lowenfeld* (1979) 163 *Recueil des Cours* 313 (421); *Smith*, U. Ill. L. R. 241 (1981) 242; *Atik*, 8 *Yale J. World Pub. Ord.* 156 (1981-1982) 160; *P. B. Carter* (1984) 55 *Brit. Y. B. Int'l L.* 111 (114); *American Law Institute*, *Restatement of the Law Third – The Foreign Relations Law of the United States*, Bd. I (1986) 613 (ch. 8 § 483 note 2); *Smart* (1986) 35 *Int'l & Comp. L. Q.* 704 (709); *Silver*, 22 *Ga. J. Int'l & Comp. L.* 609 (1992) 623; *Siehr*, *AJP* 1999, 962 (965); *Strebbe*, 21 *Loy. L. A. Int'l & Comp. L. J.* 55 (1999) 57 f.; *Kovatch*, 22 *Hous. J. Int'l L.* 265 (1999-2000) 284; *Briggs* (2001) *Sing. J. L. Stud.* 280 (280); Note, 115 *Harv. L. R.* 2333 (2002) 2337; *App*, *KKZ* 2002, 157 (157 f.); *Collier*, *Conflict of Laws*³ (2001) 369; *McDougal/Felix/Whitten*, *American Conflicts Law*⁵ (2001) 164; *Dodge*, 43 *Harv. Int'l L. J.* 161 (2002) 220; *Black*, 38 *Can. Bus. L. J.* 1 (2003) 30; *Geimer*, *Internationales Zivilprozeßrecht*⁵ (2005) Rn. 1981; *Basedow*, in: *Basedow/v. Hein/Janzen/Puttfarcken* (2004) 6 *Yb. P. I. L.* 1 (63 ff.); grundsätzlich für eine grenzüberschreitende Durchsetzung fremder öffentlichrechtlicher Forderungen auch *Surr*, 7 *Harv. Int'l L. Club J.* 179 (1965-1966) 179 f.; v. *Hein*, *RIW* 2001, 249 (258).

²² Siehe nur *Basedow*, in: *Basedow/Kono*, *Legal Aspects of Globalization* (2000) 1 (2).

Grenzen nicht völlig schließen. Das ist praktisch schon nicht durchführbar, will ein Staat seine Wirtschaft am globalen Markt nicht behindern. Die Realisierbarkeit seiner öffentlichrechtlichen Forderung kann der Gläubigerstaat also nur bedingt selbst sichern. Soll deshalb die Durchsetzung einer öffentlichrechtlichen Forderung nicht zur Disposition des Schuldners stehen, erscheint es unabdingbar, dass derjenige Staat, in dessen Macht-sphäre sich der Schuldner aufhält oder sich sein Vermögen befindet, anderen Staaten Hilfe bei der Durchsetzung dieser Forderungen leistet. Letztendlich schützt hier insbesondere der von Kritikern auch als „highly immoral“²³ geschmähte Nichtdurchsetzungsgrundsatz allein Steuerhinterzieher und andere säumige Schuldner, die als lachende Dritte von den Möglichkeiten der Globalisierung einerseits und der Kooperationsunwilligkeit der Staaten andererseits profitieren.

b) *Cons*

Auch lassen sich nur schwer rechtspolitische Argumente *gegen* eine möglichst umfassende Durchsetzung fremder öffentlichrechtlicher Forderungen finden: „no state can be said to have a legitimate policy against payment of its neighbor’s taxes“²⁴. Zwar wird zum Teil angeführt, die gerichtliche Durchsetzung fremder öffentlichrechtlicher Forderungen führe zu Schwierigkeiten für die inländischen Gerichte, weil sie unbekanntes öffentliches Recht anwenden und auslegen müssten²⁵. Darüber hinaus sei zu befürchten, dass die inländischen Gerichte von ausländischen Staaten zur Durchsetzung ihrer öffentlichrechtlichen Forderungen überlaufen würden²⁶. Diese Einwände sind aber kaum überzeugend und gehören zu der „familiar parade of the horribles“²⁷, wenn es um die justizielle Zusammenarbeit etwa auch in Zivilsachen geht. So vermag insbesondere nicht einzuleuchten, was an der Anwendung ausländischen öffentlichen Rechts besonders schwierig ist²⁸, zumal die Gerichte ausländisches Privatrecht ohne zu murren anwen-

²³ *Castel* (1964) 42 Can. Bar R. 277 (278).

²⁴ *Milwaukee County v. M.E. White Co.*, 56 SCt 229 (1935) 234 (Stone J).

²⁵ *Blinkhoff*, 18 Corn. L. R. 581 (1932) 584; *Freeze*, 23 Wash. U. L. Q. 321 (1937-1938) 334; *Cooperman*, 34 Cal. L. R. 754 (1946) 755; *F. A. Mann* (1971) 132 *Recueil des Cours* 9 (170); *ders.* (1984) 186 *Recueil des Cours* 9 (44); *Lipstein*, FS *Imre Zajtay* (1982) 357 (370 ff.); *ders.*, in: *Holl/Klinke, Internationales Privatrecht, Internationales Wirtschaftsrecht* (1985) 39 (51 f.); *Daum*, 33 Ill. L. R. 249 (1938-1939) 261; *Baade*, in: *Int. Enycl. Comp. L.* Bd. III Kap. 12 (1991) 41; *ders.*, 30 *Tex. Int’l L. J.* 429 (1995) 483 f.; *Snider*, 9 *Gonz. J. Int’l L.* 1 (2005) 32 ff.

²⁶ *Re Bliss’ Estate*, 202 NYS 185 (1923) 189 (Foley S); *Beale*, *A Treatise on the Conflict of Laws*, Bd. III (1935) 1638.

²⁷ *Palmer*, 18 U. Cin. L. R. 498 (1949) 506.

²⁸ Vgl. auch *Pasquantino v. United States*, 125 SCt 1766 (2005) 1780 (Thomas J).

den²⁹. Vor allem aber vermeidet der Nichtdurchsetzungsgrundsatz in keiner Weise, dass der inländische Richter sich mit dem ausländischen öffentlichen Recht auseinander zu setzen hat. Wie noch zu sehen sein wird, führt gerade in den Fällen der indirekten Durchsetzung *erst der Nichtdurchsetzungsgrundsatz* dazu, dass sich Fragen des ausländischen öffentlichen Rechts überhaupt stellen, wenn nämlich der Richter prüfen muss, ob eine ausländische öffentlichrechtliche Forderung überhaupt besteht, die durch das inländische Gericht indirekt durchgesetzt werden könnte³⁰.

Berechtigte rechtspolitische Bedenken an der Durchsetzung fremder öffentlichrechtlicher Forderungen durch inländische Staatsorgane können allenfalls in dreifacher Hinsicht geäußert werden. Zunächst wäre aus Sicht des inländischen Staates die Durchsetzbarkeit fremder öffentlichrechtlicher Forderungen ein *Standortnachteil* im Wettbewerb der Staaten um die Ansiedelung von Kapital und Personen³¹. Schließlich schützt der Staat, indem er ausländischen Staaten nur begrenzt zur Durchsetzung ihrer öffentlichrechtlichen Forderungen verhilft, Gegenstände und Personen innerhalb seines Territoriums vor dem Zugriff anderer Staaten. Sollte er dagegen seine Gerichte ausländischen Staaten öffnen, würde dies zu einer Abwanderung von Kapital und Personen in andere Staaten führen, die dem Nichtdurchsetzungsgrundsatz weiterhin anhängen. Potentielle Schuldner könnten nur auf diese Weise einen Gerichtsstand für fremde öffentlichrechtliche Forderungen im Inland vermeiden.

Zweitens darf bei aller „Euphorie des Internationalen“³² nicht übersehen werden, dass die grenzüberschreitende Durchsetzung öffentlichrechtlicher Forderungen eine *illiberale Tendenz* aufweist³³. Öffentlichrechtliche For-

²⁹ *Oklahoma Tax Commission v. Rodgers*, 193 SW2d 919 (St Louis CA, Mo. 1946) 927 (Anderson J); *Buckley v. Huston*, 291 A2d 129 (NJ 1972) 130 (Jacobs J); *Leflar*, 46 Harv. L. R. 193 (1932-1933) 218; Note, 42 Yale L. J. 1131 (1932-1933) 1131; *Daum*, 33 Ill. L. R. 249 (1938-1939) 261; *Trott*, 47 Mich. L. R. 796 (1948-1949) 800; *Walden*, 39 Ky. L. J. 473 (1950-1951) 474; *Albrecht* (1953) 13 Brit. Y. B. Int'l L. 454 (463); *Kahn* (1954) 71 SALJ 275 (278); *Castel* (1964) 42 Can. Bar R. 277 (296); *Robertson*, 7 Ariz. L. R. 219 (1965-1966) 237; *Stoel* (1967) 16 Int'l & Comp. L. Q. 663 (677 f.); *Johnson*, 10 Harv. Int'l L. J. 263 (1969) 264; *Greenberg*, 43 Brook. L. R. 630 (1977) 641; *Silver*, 22 Ga. J. Int'l & Comp. L. 609 (1992) 620; *Dormann Bessenich*, Der ausländische Staat als Kläger (1993) 71; *Dodge*, 43 Harv. Int'l L. J. 161 (2002) 210; *Black*, 38 Can. Bus. L. J. 1 (2003) 25; *Jenn*, Illegal nach Deutschland verbrachtes ausländisches Staatsvermögen (2004) 40.

³⁰ Vgl. nur *Peter Buchanan Ltd v. McVey* [1954] IR 89 (HC Ireland).

³¹ *J. Schulze*, Das öffentliche Recht im internationalen Privatrecht (1972) 153; *Smith*, U. Ill. L. R. 241 (1981) 267 f.; *Baade*, in: Int. Encycl. Comp. L. Bd. III Kap. 12 (1991) 41; *ders.*, 30 Tex. Int'l L. J. 429 (1995) 483 f.; *Dodge*, 43 Harv. Int'l L. J. 161 (2002) 216.

³² *Großfeld*, Berichte DGVR 18 (1978) 73 (147).

³³ *Biscottini*, Diritto amministrativo internazionale, Bd. II (1966) 443; vgl. gerade zur Illiberalität der Zusammenarbeit in Strafsachen auf europäischer Ebene auch

Sachregister

- Abwägungspflicht, völkerrechtliche 257
act-of-state-Doktrin 87, 213 ff., 285 f.,
326
actus iure imperii *siehe* Hoheitsakt
Aktionenrecht, römisches 295 f.
Amts- und Rechtshilfe
– Allgemeines 249 f., 252 f.
– im Bundesstaat 261
– Rechtsquellen 250 ff.
Anerkennung fremder Hoheitsakte, Pflicht
zur 256 f.
Anwendung ausländischen öffentlichen
Rechts 407 ff.
appearance bond 42 f.
Aufwendungsersatzansprüche 56 ff.
ausländischer Staat
– als Grundrechtsträger 287 ff., 304
– als Kläger 364 ff.
– Partei- und Beteiligtenfähigkeit 365
– Prozessfähigkeit 365 f.
ausländische Staatsinteressen *siehe*
Förderung fremder Staatsinteressen,
Prinzip der, Nichtförderung fremder
Staatsinteressen, Prinzip der
ausländisches öffentliches Recht *siehe*
Nichtanwendung ausl. ö. R.,
Anwendung ausl. ö. R.
Auslieferung 246, 248 f.
Außenpolitik, verfassungsrechtliche
Kompetenz zur 220 ff.
Australien *siehe* bei Nichtdurchsetzungs-
grundsatz
Beamte, Ansprüche gegen 60 ff.
Beitreibung der fremd. ör. Ford. durch
einen Dritten 96
Belgien *siehe* bei Nichtdurchsetzungs-
grundsatz
„Big Tobacco“-Fälle 33, 36, 104 ff., 113,
119 ff., 128 ff., 130 f., 173, 196 f., 302,
318
Binnenmarktziel 267 ff.
Buchanan-Fälle 34 f., 36, 108 ff., 117,
163, 181 f., 190, 216, 274, 275, 318
Bundesländer, Forderungen anderer 70
Bundestreue 72 f., 261
Bußgelder wegen Verstößen gegen europ.
Wettbewerbsrecht 280 ff.
congestion charge 1 ff.
contempt of court 41 f.
Dänemark *siehe* bei Nichtdurchsetzungs-
grundsatz
Daseinsvorsorge, öffentliche 47 f., 53
Demokratieprinzip 186 f.
Deutschland *siehe* bei Nichtdurch-
setzungsgrundsatz
Diskriminierungsverbot, europäisches
289 f.
Doppelbesteuerungsabkommen 166,
241 f., 251, 254 f., 258 f.
Durchsetzung einer fremd. ör. Ford.
– Begriff der 97 ff.
– *Buchanan*-Fälle 108 ff.
– Erhöhung der Durchsetzungswahr-
scheinlichkeit 111 ff.
– Grenzen 111 ff., 116 ff.
– hypothetische Kausalität 97 ff., 111
– revenue rule 111 ff.
– Zusprechen der fremd. ör. Ford.
98 ff.
– Zusprechen einer einkleidenden
privatr. Ford. 100 ff.
Durchsetzungsgebote, höherrangige
– Abwägungspflicht, völkerrechtliche
257
– act-of-state-Doktrin 285 f.
– Amts- und Rechtshilfe, allgemeine
252 f.
– Anerkennung fremder Hoheitsakte,
Pflicht zur 256 f.
– Anerkennung privatrechtsgestaltender
Hoheitsakte 255
– Auslieferung 246, 248 f.

- Binnenmarktziel 267
 - Bußgelder 3 f., 130, 242, 280 ff.
 - Bußgelder wegen Verstößen gegen europ. Wettbewerbsrecht 280 ff.
 - direkte D. 235 ff., 360
 - Doppelbesteuerungsabkommen 258 f.
 - Effektivitätsprinzip 276
 - Eingriffsnormen, ausländische 253 f.
 - Europäischer Haftbefehl 247, 248
 - Europarecht 259 ff.
 - Funktionssicherung des Gemeinschaftsrechts 264 ff.
 - gegenseitigen Anerkennung, Prinzip der 262 ff.
 - Gemeinschaftstreue *siehe* Unions-treue
 - geschriebene D. 232 ff.
 - Grundfreiheiten, europäische 262 ff., 268
 - indirekte D. 236 ff.
 - internationale Zusammenarbeit, Entscheidung des GG für die 286
 - Justizgewährungspflicht 286 ff.
 - „öffentlich-rechtliche“ privatrechtliche Forderungen 238 f., 243 f.
 - Québec 23
 - Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts 271 ff.
 - Rechtsfolgen 309 ff.
 - Rechtsquellen 145, 232 ff., 237 ff., 241 ff.
 - Rückforderung gemeinschaftsrechtswidriger Beihilfen 282 f.
 - Rückforderungsansprüche 243, 282 f.
 - Solidaritätsprinzip, europäisches 265 ff.
 - Steuerforderungen 2 f., 241 f., 242 f.
 - Strafforderungen 3 f., 130, 247, *siehe auch* Bußgelder
 - ungeschriebene D. 255 ff.
 - Unionstreue 260 ff.
 - Verfassungsmäßigkeit der D. 180 ff., 183 f., 191 f.
 - verfassungsrechtliches D. 285 ff.
 - Völkerrecht, universelles 256 f.
 - völkervertragliche Rechtsfortbildung 257 f.
 - Vollstreckungshilfe in Strafsachen 248 ff.
 - Vollstreckungshilfe, gerichtliche 239 ff.
 - Vollstreckungshilfe, Verwaltungs- 244 ff.
 - Zollforderungen 241 f.
 - Zuständigkeitsnormen zur Forderungserhebung 254 f.
- Effektivitätsprinzip 276
eigennütziger Hoheitsakt 313 f.
Eingriffsnormen, ausländische
- Allgemeines 25, 31, 227 f., 314, 315, 350
 - als Datum bei Anwendung des Sachrechts 315 f., 319 ff., 335 f., 346 f., 347 ff.
 - Gemeinschaftsrecht 253 f., 329
 - Machtgrenzen-Gedanke 325, 337
 - Nichtdurchsetzungsgrundsatz 76 ff.
 - ordre public 346 f.
 - Schuldstatustheorie 334 f.
 - Sonderanknüpfung 327 ff., 334
 - Territorialitätsprinzip 336 f.
 - Verfassungsrecht 227 f.
 - Völkervertragsrecht 253 f., 349
- embarrassment-Argument 208 ff., 227 ff.
England *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz
engsten Verbindung, Prinzip der 395 ff., 402, 405
Enteignungsakte, ausländische
- act-of-state-Doktrin 87, 326
 - Allgemeines 25, 31, 53, 54 ff., 314, 350
 - als Datum bei Anwendung des Sachrechts 317
 - Belegenheitsort 336
 - Gesellschaftsanteile 84 f., 341 ff.
 - lex-rei-sitae-Grundsatz 87
 - Machtgrenzen-Gedanke 325, 337
 - Nichtdurchsetzungsgrundsatz 81 ff.
 - ordre public 346
 - Spalttheorie 85, 341 ff.
 - Territorialitätsprinzip 25, 29, 87, 322 ff., 333 f., 336
 - Verfassungsrecht 203, 228
- entgegenstehende Verwaltungsentscheidung
- im Ausland 383 ff.
 - im Inland 378 f., 379 ff.
- Europäischer Haftbefehl 247, 248
Europarecht *siehe* Gemeinschaftsrecht, Unionsrecht
extraterritorial bezogener Hoheitsakt

- Durchsetzung der Forderung 341 ff.
- forderungsbegründender Hoheitsakt
 - als ex. bez. H. 165 ff., 338 ff.
- nationales Recht 331 ff.
- ordre public 423 ff.
- Rechtsfolgen 332 ff.
- Völkerrecht 164 ff.
- Voraussetzungen 336 ff.
- extraterritorialer Hoheitsakt
 - Allgemeines 151 ff.
 - Begriff des Hoheitsaktes 154 ff.
 - Klageerhebung als ex. H. 158 ff.
 - Verbot ex. H. 153 f.
- Förderung fremder Staatsinteressen, Prinzip der
 - Ausnahmen 331 ff., *siehe auch* Nichtförderung fremder Staatsinteressen, Prinzip der
 - Gegenseitigkeit, Interesse an 327 ff.
 - Herleitung 314 ff.
 - Interessenidentität 319 ff.
 - internationaler Ordnung, Interesse an 322 ff.
 - Machtgrenzen-Gedanke 325
- Forderungsdurchsetzbarkeit, Grundsatz der
 - Aktionenrecht, römisches 295 f.
 - Allgemeines 294 f.
 - Anwendungsbereich 297 f.
 - fremd. ör. Ford. 297 f.
 - Grundlage 304
 - Herleitung 295 ff.
 - Inhalt 295
 - teleologische Reduktion 303 f.
 - Writprozessrecht 295 f.
- forum-non-conveniens-Doktrin 135
- Frankreich *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz
- fremde Staatsinteressen *siehe* Förderung fremder Staatsinteressen, Prinzip der, Nichtförderung fremder Staatsinteressen, Prinzip der
- full faith and credit 72 f., 261
- gegenseitigen Anerkennung, Prinzip der 262 ff.
- Gegenseitigkeit
 - bei der Durchsetzung fremd. ör. Ford. 132 f., 329, 350 ff., 354
 - bei der Förderung fremder Staatsinteressen 349 ff.
- bei der Vollstreckung ausl. Zivilurteile 351 f.
- bei der Vollstreckungshilfe in Strafsachen 352
 - Interesse an G. 327 ff.
- Gemeinschaftsrecht
 - Vorrang des G. 232 f.
 - Funktionssicherung des G. 264 ff.
- Gesetzesvorbehalt *siehe* Vorbehaltsgrundsatz
- Gewaltenteilungsargument 6, 68, 126, 127, 138, 139 f., 194 ff., 208 ff.
- Gewinnabschöpfungsansprüche 53, 59 f.
- Gewohnheitsrecht, nationales 152, 292 f.
- Gleichheitssatz 189 ff.
- Grundfreiheiten, europäische 177 ff., 262 ff., 268
- Grundrechte 187 ff., 267, 304
- Grundrechtsträgerschaft ausländischer Staaten 287 ff., 304
- Hoheitsaktes, Begriff des 154 ff., *siehe auch* eigennützigter H., extraterritorialer H., extraterritorialer H., privatrechtsgestaltender H.
- Hongkong *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz
- hypothetische Kausalität 97 ff., 111
- Illiberalität des Nichtdurchsetzungsgrundsatzes 10 f.
- Immunität *siehe* Staatenimmunität
- Interessenargument 6, 126, 127, 138, 140, 312 ff.
- Interessenidentität 319 ff., 321 f., 354
- Interesstheorie 64
- internationale Zuständigkeit bei fremd. ör. Ford. 373 ff.
- internationale Zusammenarbeit, Entscheidung des GG für die 188, 286, 314 f.
- internationaler Ordnung, Interesse an 322 ff.
- internationales öffentliches Recht 398 ff.
- Irland *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz
- Isle of Man *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz
- Italien *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz
- Jersey *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz
- judicial self-restraint 226

Judikative, verfassungsrechtliche

Kompetenz der

- Allgemeines 194 ff.
- Außenpolitik, Kompetenz zur 208 ff.
- political-question-Doktrin 211
- richterliche Rechtsfortbildung 207 f.
- Verhältnis zur Exekutive 208 ff.
- Verhältnis zur Legislative 196 ff.

jurisdiction 134 ff.

Justizgewährungspflicht

- Allgemeines 286 ff., 303 ff.
- ausländischer Staat 304
- fremd. ör. Ford. 304 ff.
- inländische ör. Ford. 307 f.
- inländischer Staat 307 f.
- Wertungsgrundlage 306

Kanada *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz

Kulturgüterschutz, internationaler 45, 88 f., 229 f., 235 f., 320 f., 339 f., 339 f.

Legalzession

- fremd. ör. Ford. auf Privaten 91 ff.
- privat. Ford. auf Staat 54 ff.

lex-*rei-sitae*-Grundsatz 87Liechtenstein *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz*Lotus*-Regel 1 f., 153 f., 165Luxemburg *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz

Machtgrenzen-Gedanke 325, 337

Mareva injunction 61 f.Neuseeland *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz

Nichtanwendung ausländischen öffentlichen Rechts 25, 28 ff., 133 f., 313 f., 315

Nichtdurchsetzungsgrundsatz

- Allgemeines 5 f.
- Ausnahmen 125 ff., 232 ff.
- Australien 18 ff., 21, 44, 60 ff., 69, 108 ff., 112, 115 f., 117, 123 f., 163 f., 173, 175, 318 f.
- Beamte, Ansprüche gegen 60 ff.
- Beitreibung der fremd. ör. Ford. durch einen Dritten 96
- Belgien 22 f.
- Bestand der fremd. ör. Ford. 37 ff.
- „Big Tobacco“-Fälle 33, 36, 104 ff., 113, 119 ff., 128 ff., 130 f., 173, 196 f., 302, 318

- *Buchanan*-Fälle 34 f., 36, 108 ff., 117, 163, 181 f., 190, 216, 274, 275, 318
- Bundesstaaten, fremd. ör. Ford. anderer 68 ff.
- *cessio legis* *siehe* Legalzession
- common law 17 ff., 28 ff., 111 ff., 134 ff., 208 ff.
- Commonwealth of Nations 69
- Dänemark 22 f., 148
- Deutschland 23 ff., 29, 50 f., 57 ff., 70, 87, 122 f., 124 f., 138 ff., 148, 291 ff.
- dogmatische Einordnung 133 ff.
- durchsetzende gerichtliche Maßnahme 96 ff.
- Eingriffsnormen, ausländische 76 ff.
- Einwendungsdurchgriff, Anwendung des N. über 93 ff.
- embarrassment-Argument 208 ff., 227 ff.
- England 18 ff., 39, 43, 45, 50, 60 ff., 78 f., 84 ff., 88 ff., 108 ff., 113 f., 117 ff., 121 f., 122, 124 f., 132 f., 134 ff., 142 f., 149, 208 ff., 339
- Enteignungsakte, ausländische 81 ff., 343
- Europäische Gemeinschaft 69
- Europarecht 177 ff.
- Folgen, mittelbare 124 f.
- Frankreich 22 f., 29, 51 f., 60 ff., 67, 132 f., 138 ff., 143, 150 f., 321, 330
- Fremdheit des Gläubigerstaates 66 ff.
- Gegenseitigkeit 132 f., 329, 354
- Gesetzesvorbehalt *siehe* Vorbehaltsgrundsatz
- gesetzliche Regelung 291 ff.
- Gewaltenteilungsargument 6, 68, 126, 127, 138, 139 f., 194 ff., 208 ff.
- Gewohnheitsrecht, nationales 152, 292 f.
- Grundrechte 187 ff.
- Hongkong 18 ff., 21, 59 f., 118 f.
- Illiberalität 10 f.
- Inhalt 28 ff.
- Interessenargument 6, 126, 127, 138, 140, 312 ff.
- Interessenidentität 321 f., 354
- Irland 18 ff., 34 f., 36, 41 f., 75, 108 ff., 117, 118 f., 208 ff.
- Isle of Man 18 ff.

- Italien 22 f.
- Jersey 18 ff.
- Kanada 18 ff., 20 f., 69, 84 ff., 118 f., 208 ff.
- Kritik, rechtliche 6 f., 142 ff.
- Kritik, rechtspolitische 7 ff.
- Legalzession einer fremd. ör. Ford. 91 ff.
- Liechtenstein 22 f.
- Luxemburg 22 f.
- Mitgliedstaaten, fremd. ör. Ford. anderer 68 ff.
- Neuseeland 18 ff., 21, 60 ff.
- Niederlande 26 ff., 51, 80 f., 256 ff.
- Österreich 22 f., 51
- penal law 49 ff.
- privatrechtsgestaltende Hoheitsakte 54, 81 ff.
- Qualifikation 37 ff., 57 ff., 65 f.
- Rechtsfolge 122 ff.
- Rechtsgrundsatz, allgemeiner 147 f.
- Regress wegen Erfüllung einer fremd. ör. Ford. 90 ff.
- revenue law 46 ff.
- revenue rule 17 ff., 39 ff., 111 ff.
- Schottland 19 ff., 107, 108 ff.
- Schweden 22 f.
- Schweiz 22 f., 29, 60 ff.
- Souveränitätsargument 5, 68, 125 f., 127, 138, 139, 143, 153 ff., 170 f.
- *Spycatcher*-Fälle 60 ff.
- Staatsbegriff 66 f.
- Staatsoberhäupter, Ansprüche gegen 60 ff.
- Standortnachteil 10
- Steuerforderungen 46 ff.
- Strafforderungen 49 ff.
- subrogation einer fremd. ör. Ford. 91 ff.
- Südafrika 19 ff., 34 f., 36, 108 ff., 117
- Ungleichgewicht 11 f.
- Universale Geltung 17 ff.
- USA 19 ff., 33, 36, 42 ff., 47, 49, 59 f., 60 ff., 66, 70 ff., 78, 104 ff., 108 ff., 113, 119 ff., 128 ff. 130 f., 132 f., 143 f., 150, 173, 208 ff., 318
- Verbreitung 17 ff.
- Vereinigte Staaten von Amerika *siehe* USA
- Vereinigtes Königreich 69, 102
- Verfassungsrecht 179 ff.
- Völkergewohnheitsrecht 148 ff.
- Völkerrecht 38 f., 143 ff.
- Völkervertragsrecht 145 f.
- Vorbehaltsgrundsatz 200 ff.
- Vorgriffsargument 216 ff., 229 ff.
- Waffengleichheit, prozessuale 11, 189 ff.
- Nichtförderung fremder Staatsinteressen, Prinzip der *siehe auch* Förderung fremder Staatsinteressen, Prinzip der
 - extraterritorial bezogene ausgeübte Staatsinteressen 331 ff., 423 ff.
 - gegen inländische Staatsinteressen gerichtete Staatsinteressen 344 f., 427
 - Gegenseitigkeit, nicht verbürgte 349 ff.
 - Herleitung 314 ff.
 - Nichtdurchsetzungsgrundsatz als Ausprägung 312 ff.
 - von inländischen Staatsinteressen abweichende Staatsinteressen 346 f., 427 f.
 - weniger bedeutende fremde Hoheitsinteressen 347 ff.
- Niederlande *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz
- nulla poena sine lege 201 f.
- öffentliches Recht, ausländisches *siehe* Nichtanwendung ausländischen öffentlichen Rechts
- „öffentlich-rechtliche“ privatrechtliche Forderungen
 - als ör. Ford. bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz 56 ff.
 - Amts- und Rechtshilfe, allgemeine 250
 - Durchsetzungsgebote, höherrangige 238 f., 243 f.
 - Vollstreckungshilfe, gerichtliche 238 f., 240 f.
 - Vollstreckungshilfe, Verwaltungs- 243 f.
- ör. Ford., Begriff der
 - Allgemeines 37 ff., 50 ff., 63 f., 237 ff.
 - appearance bond 42 f.
 - Aufwendungsersatzansprüche 56 ff.
 - Beamte, Ansprüche gegen 60 ff.
 - cessio legis *siehe* Legalzession

- contempt of court 41 f.
- Daseinsvorsorge, öffentliche 47 f., 53
- Geldbußen 41
- Gewinnabschöpfungsansprüche 53, 59 f.
- Interessentheorie 64
- Legalzession 54 ff.
- „öffentlichrechtliche“ privatrechtliche Forderungen 56 ff.
- penal law 49 ff.
- Pflichtversicherungsbeiträge 47, 53
- privatrechtsgestaltende Hoheitsakte 54
- punitive damages 43 f.
- Rechtsdurchsetzungskosten, staatl. 107
- résistance abusive 43 f.
- revenue law 46 ff.
- Rückforderungsansprüche 56 ff.
- Sonderrechtslehre 50 f.
- *Spycatcher*-Fälle 60 ff.
- Staatsoberhäupter, Ansprüche gegen 60 ff.
- Steuerforderungen 46 ff.
- Strafforderungen 49 ff.
- subrogation 54 ff.
- Vertragsstrafe 43 f.
- Verwaltungskostenforderungen 53
- Währungskontrollvorschriften 47, 53, 106
- ordre public
 - bei ausländischen Eingriffsnormen 346 f.
 - bei ausländischen Enteignungsakten 346
 - bei der Durchsetzung fremd. ör. Ford. 209, 416 f.
 - bei Verwaltungsvollstreckungshilfe 317 f.
 - Europarecht 420 f.
 - extraterritoriale Bezogenheit 423 ff.
 - Fallgruppen 420 ff.
 - Rechtsfolgen 419 f.
 - Verfassungsrecht 421 f.
 - Völkerrecht 420 f.
 - Voraussetzungen 417 ff.
- Österreich *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz
- Partei- und Beteiligtenfähigkeit ausländischer Staaten 365
- penal law 49 ff.
- Pflichtversicherungsbeiträge 47, 53
- political-question-Doktrin 211
- Präjudizienbindung 293
- privatrechtsgestaltender Hoheitsakt
 - Allgemeines 54
 - Anerkennung 255
 - Gemeinschaftsrecht 255
 - Nichtdurchsetzungsgrundsatz 81 ff.
- Prozessfähigkeit ausländischer Staaten 365 f.
- punitive damages 25, 43 f.
- Qualifikation
 - Nichtdurchsetzungsgrundsatz 37 ff., 57 ff., 65 f.
 - Statut der fremd. ör. Ford. 404 ff.
- Québec *siehe* bei Durchsetzungsgebote, höherrangige
- Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts 271 ff.
- Rechtsdurchsetzungskosten, staatl. 107
- Rechtsfortbildung, richterliche 207 f.
- Rechtsgrundsätze, allgemeine 146 f.
- Rechtshängigkeit, anderweitige
 - im Ausland 380 ff.
 - im Inland 376 f., 378 ff.
- Rechtskraft, entgegenstehende
 - im Ausland 380 ff.
 - im Inland 376 f., 378 ff.
- Rechtsschutzbedürfnis bei fremd. ör. Ford.
 - wenn ausländische Verwaltungsvollstreckung 384 f.
 - wenn inländische Verwaltungsvollstreckungshilfe 385 ff.
- Rechtsstaatsprinzip 180 ff., 185 f., 190, 267, 301, 304
- Rechtsverweigerungslücke 357 f.
- Rechtsverweigerungsverbot 298 ff., 357 f.
- Rechtsweg für fremd. ör. Ford. 366 ff.
- Regress wegen Erfüllung einer fremd. ör. Ford. 90 ff.
- résistance abusive 43 f.
- revenue law 46 ff.
- revenue rule *siehe* Nichtdurchsetzungsgrundsatz
- richterlicher Rechtsfortbildung, Grenzen 207 f.
- Rückforderung gemeinschaftsrechtswidriger Beihilfen 282 f.
- Rückforderungsansprüche 56 ff.

- Rückgriff *siehe* Regress
- Rückwirkungsverbot
- Allgemeines 182 ff.
 - Rechtsprechungsänderung 183 f.
- sachrechtliche Berücksichtigung als
- Datum
- Eingriffsnormen, ausländische 315 f., 319 ff., 335 f., 346 f., 347 ff.
 - Enteignungsakte, ausländische 317
- Schottland *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz
- Schweden *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz
- Schweiz *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz
- Solidaritätsprinzip, europäisches 264 ff.
- Sonderrechtslehre 50 f.
- Souveränitätsargument 5, 68, 125 f., 127, 138, 139, 143, 153 ff., 170 f.
- Spalttheorie 85, 341 ff.
- Sperrwirkung durch Verwaltungsverfahren
- im Ausland 382 ff.
 - im Inland 377 f., 378 ff.
- Spycatcher*-Fälle 60 ff.
- Staatenimmunität 135, 139, 172 ff., 189, 191, 194, 364 f., 392 f.
- Staatsouveränität *siehe auch* extraterritorial bezogener Hoheitsakt, extraterritorialer Hoheitsakt
- Allgemeines 152 ff., 290
 - Pflicht zur Wahrung der eigenen 167 f.
 - Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen 167 ff.
 - *Lotus*-Regel 1 f., 153 f., 165
- Staatshaftung, Statut der 396
- Staatsinteressen *siehe* Nichtförderung fremder Staatsinteressen, Prinzip der Staatsoberhäupter, Ansprüche gegen 60 ff.
- Standortnachteil 10
- Statut der fremd. ör. Ford.
- Einseitigkeit des internationalen öffentlichen Rechts 397 ff., 403, 405
 - engsten Verbindung, Prinzip der 395 ff., 402, 405
 - Kollisionsnorm 74 ff., 299 f., 393 ff.
 - Qualifikation 404 ff.
 - Reichweite 401 ff.
- Renvoi 403 f.
 - Verweis auch auf Verwaltungsverfahrenrecht 411 ff.
- Steuerforderungen
- Nichtdurchsetzungsgrundsatz 46 ff.
 - Durchsetzungsgebote 2 f., 241 f., 242 f.
- Strafforderungen
- Nichtdurchsetzungsgrundsatz 49 ff.
 - Durchsetzungsgebote 3 f., 130, 247, *siehe auch* Bußgelder
 - Vollstreckungshilfe in Strafsachen 228 f, 246 ff, 284, 363 f.
- subrogation einer fremd. ör. Ford. 91 ff.
- Südafrika *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz
- Territorialitätsprinzip
- ausländische Eingriffsnormen 336 f.
 - ausländische Enteignungsakte 25, 29, 87, 322 ff., 333 f., 336
- „Tit for Tat“-Strategie 12, 351
- Unionsrechts, Vorrang des 233
- USA *siehe* bei Nichtdurchsetzungsgrundsatz
- Vertragsstrafe 43 f.
- Verwaltungskostenforderungen 53
- Völkerrecht, Geltung im Inland 168 f.
- völkerrechtsfreundliche Auslegung 234
- völkervertragliche Rechtsfortbildung 257 f.
- Völkervertragsrecht, Geltung im Inland 233 f.
- Vollstreckungshilfe, gerichtliche
- Allgemeines 4 f., 236 ff.
 - „öffentlichrechtliche“ privatrechtliche Forderungen 238 f., 240 f.
 - Rechtsquellen 237 ff.
 - Verhältnis zu allgemeinen Durchsetzungsregeln 361 f.
- Vollstreckungshilfe in Strafsachen
- Allgemeines 228 f., 246 ff., 284
 - Auslieferung 246, 248 f.
 - Europäischer Haftbefehl 247, 248
 - Gegenseitigkeit 352
 - *ordre public* 416 f.
 - Rechtsquellen 246 ff.
 - Strafforderungen 247
 - Verhältnis zu allgemeinen Durchsetzungsregeln 364 f.
- Vollstreckungshilfe, Verwaltungs-

- Allgemeines 2 ff., 241 ff.
 - Bundesländer, Forderungen anderer 70
 - Bußgelder 3 f., 130, 242
 - Folgen für Rechtsschutzbedürfnis 385 ff.
 - gerichtliche Durchsetzung 389 ff.
 - Kollisionsnorm 400
 - Kulanzbasis 309, 390
 - „öffentlichrechtliche“ privatrechtliche Forderungen 243 f.
 - ordre public 416 f.
 - Rechtsquellen 144, 241 ff.
 - Rückforderungsansprüche 243
 - Steuerforderungen 2 f., 241 f., 242 f., 309 f.
 - Strafforderungen 3 f., 130, 310
 - Verfahren 388 f.
 - Verfassungsrecht 180 ff., 183 f., 191 f.
 - Verhältnis zu allgemeinen Durchsetzungsregeln 362 f.
 - Zollforderungen 241 f.
- Vorbehaltsgrundsatz *siehe auch* Wesentlichkeitstheorie
- Allgemeines 196 ff.
 - Bindung der Judikative 198 ff.
- Vorgriffsargument 216 ff., 229 ff.
- Waffengleichheit, prozessuale 11, 189 ff.
- Währungskontrollvorschriften 47, 53, 106
- Wesentlichkeitstheorie
- Allgemeines 197
 - Anwendungsbereich 205 ff.
 - bei der internationalen Zusammenarbeit 204 f.
- Widerklage gegen Klage aus fremd. ör. Ford. 391
- Writprozessrecht 295 f.
- Zusammenarbeit, internationale *siehe* internationale Zusammenarbeit, Entscheidung des GG für die Zusprechen einer einkleidenden privatr. Ford. 100 ff.
- Zuständigkeit, internationale *siehe* internationale Zuständigkeit bei fremd. ör. Ford.

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ady, Johannes*: Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen. 2004. *Band 136*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Amelung, Ulrich*: Der Schutz der Privatheit im Zivilrecht. 2002. *Band 97*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Athanassopoulou, Victoria*: Schiffsunternehmen und Schiffsüberlassungsverträge. 2005. *Band 151*.
- Bälz, Moritz*: Die Spaltung im japanischen Gesellschaftsrecht. 2005. *Band 158*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Bartnik, Marcel*: Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht. 2004. *Band 128*.
- Basedow, Jürgen / Wurmnest, Wolfgang*: Die Dritthaftung von Klassifikationsgesellschaften. 2004. *Band 132*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- /– *Scherpe, Jens M.* (Hrsg.): Transsexualität, Staatsangehörigkeit und internationales Privatrecht. 2004. *Band 134*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe *Hahn, H.*
- Beulker, Jette*: Die Eingriffsnormenproblematik in internationalen Schiedsverfahren. 2005. *Band 153*.
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brand, Oliver*: Das internationale Zinsrecht Englands. 2002. *Band 98*.
- Brockmeier, Dirk*: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. *Band 70*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagtenrecht im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Büttner, Benjamin*: Umfang und Grenzen der Dritthaftung von Experten. 2006. *Band 169*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Dawe, Christian*: Der Sonderkonkurs des deutschen Internationalen Insolvenzrechts. 2005. *Band 159*.
- Dernaier, Marc*: Verbraucherschutz und Vertragsfreiheit im japanischen Recht. 2006. *Band 164*.
- Dilger, Jörg*: Die Regelungen zur internationalen Zuständigkeit in Ehesachen in der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003. 2004. *Band 116*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.

- Dohrn, Heike*: Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft im Internationalen Privatrecht. 2004. *Band 133*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
– (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
–, *Ulrich Drobniß* und *Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Dornblüth, Susanne*: Die europäische Regelung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Ehe- und Kindschaftsentscheidungen. 2003. *Band 107*.
- Drappatz, Thomas*: Die Überführung des internationalen Zivilverfahrensrechts in eine Gemeinschaftskompetenz nach Art. 65 EGV. 2002. *Band 95*.
- Drobniß, Ulrich*: siehe *Dopffel, Peter*.
- Dutta, Anadol*: Die Durchsetzung öffentlichrechtlicher Forderungen ausländischer Staaten durch deutsche Gerichte. 2006. *Band 172*.
- Eichholz, Stephanie*: Die US-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente. 2002. *Band 90*.
- Eisele, Ursula S.*: Holdinggesellschaften in Japan. 2004. *Band 121*.
- Eisenhauer, Martin*: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59*.
- Ernst, Ulrich*: Mobiliarsicherheiten in Deutschland und Polen. 2005. *Band 148*.
- Eschbach, Sigrid*: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56*.
- Faust, Florian*: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50*.
- Fenge, Anja*: Selbstbestimmung im Alter. 2002. *Band 88*.
- Fetsch, Johannes*: Eingriffsnormen und EG-Vertrag. 2002. *Band 91*.
- Fischer-Zernin, Cornelius*: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15*.
- Förster, Christian*: Die Dimension des Unternehmens. 2003. *Band 101*.
- Forkert, Meinhard*: Eingetragene Lebenspartnerschaften im deutschen IPR: Art. 17b EGBGB. 2003. *Band 118*.
- Freitag, Robert*: Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. *Band 83*.
- Fricke, Martin*: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32*.
- Fricke, Verena*: Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im internationalen Privatrecht. 2003. *Band 110*.
- Fröschle, Tobias*: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49*.
- Fromholzer, Ferdinand*: Consideration. 1997. *Band 57*.
- Ganssaue, Niklas*: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht bei Verbraucherverträgen im Internet. 2004. *Band 126*.
- Godl, Gabriele*: Notarhaftung im Vergleich. *Band 85*.
- Gottwald, Walther*: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5*.
- Graf, Ulrike*: Die Anerkennung ausländischer Insolvenzscheidungen. 2003. *Band 113*.
- Grigera Naón, Horacio A.*: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28*.
- Grolimund, Pascal*: Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. *Band 80*.
- Hahn, H. u.a.*: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10*.
- Handorn, Boris*: Das Sonderkollisionsrecht der deutschen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. 2005. *Band 141*.

- Hartenstein, Olaf*: Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. *Band 81*.
- Hein, Jan von*: Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69*.
- Heiss, Helmut* (Hrsg.): Zivilrechtsreform im Baltikum. 2006. *Band 161*.
- Hellmich, Stefanie*: Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. *Band 84*.
- Hellwege, Phillip*: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge als einheitliches Problem. 2004. *Band 130*.
- Hinden, Michael von*: Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. *Band 74*.
- Hippel, Thomas von*: Der Ombudsmann im Bank- und Versicherungswesen. 2000. *Band 78*.
- Hirse, Thomas*: Die Ausweichklausel im Internationalen Privatrecht. 2006. *Band 175*.
- Hoffmann, Nadja*: Die Koordination des Vertrags- und Deliktsrechts in Europa. 2006. *Band 168*.
- Hotz, Sandra*: Japanische, deutsche und schweizerische Irrtumsregelungen. 2006. *Band 176*.
- Hutner, Armin*: Das internationale Privat- und Verfahrensrecht der Wirtschaftsmediation. 2005. *Band 156*.
- Hye-Knudsen, Rebekka*: Marken-, Patent- und Urheberrechtsverletzungen im europäischen Internationalen Zivilprozessrecht. 2005. *Band 149*.
- Janssen, Helmut*: Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. *Band 79*.
- Jeremias, Christoph*: Internationale Insolvenzaufrechnung. 2005. *Band 150*.
- Jung, Holger*: Ägyptisches internationales Vertragsrecht. 1999. *Band 77*.
- Junge, Ulf*: Staatshaftung in Argentinien. 2002. *Band 100*.
- Kadner, Daniel*: Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. *Band 76*.
- Kannengießer, Matthias N.*: Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63*.
- Kapnopoulou, Elissavet N.*: Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53*.
- Karl, Anna-Maria*: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33*.
- Karl, Matthias*: siehe *Veelken, Winfried*.
- Kern, Christoph*: Die Sicherheit gedeckter Wertpapiere. 2004. *Band 135*.
- Kircher, Wolfgang*: Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65*.
- Klauer, Stefan*: Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien. 2002. *Band 99*.
- Kleinschmidt, Jens*: Der Verzicht im Schuldrecht. 2004. *Band 117*.
- Kliesow, Olaf*: Aktionärsrechte und Aktionärsklagen in Japan. 2001. *Band 87*.
- Köhler, Martin*: Die Haftung nach UN-Kaufrecht im Spannungsverhältnis zwischen Vertrag und Delikt. 2003. *Band 111*.
- Koerner, Dörthe*: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44*.
- Kopp, Beate*: Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55*.
- Kronke, Herbert*: Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1*.
- Landfermann, Hans-Georg*: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18*.

- Leicht, Steffen*: Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. *Band 82*.
- Linhart, Karin*: Internationales Einheitsrecht und einheitliche Auslegung. 2005. *Band 147*.
- Linker, Anja Celina*: Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. *Band 75*.
- Lohmann, Arnd*: Parteiautonomie und UN-Kaufrecht. 2005. *Band 119*.
- Lorenz, Verena*: Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen. 2005. *Band 140*.
- Lüke, Stephan*: Punitive Damages in der Schiedsgerichtsbarkeit. 2003. *Band 105*.
- Magnus, Dorothea*: Medizinische Forschung an Kindern. 2006. *Band 170*.
- Meier, Sonja*: Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68*.
- Melin, Patrick*: Gesetzesauslegung in den USA und in Deutschland. 2004. *Band 137*.
- Minuth, Klaus*: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliärerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24*.
- Mistelis, Loukas A.*: Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. *Band 73*.
- Mörsdorf-Schulte, Juliana*: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67*.
- Morawitz, Gabriele*: Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27*.
- Mülhens, Jörg*: Der sogenannte Haftungsdurchgriff im deutschen und englischen Recht. 2006. *Band 174*.
- Müller, Achim*: Grenzüberschreitende Beweisaufnahme im Europäischen Justizraum. 2004. *Band 125*.
- Müller, Carsten*: International zwingende Normen des deutschen Arbeitsrechts. 2005. *Band 157*.
- Nemec, Jiri*: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54*.
- Neumann, Nils*: Bedenkzeit vor und nach Vertragsabschluß. 2005. *Band 142*.
- Neunhoeffer, Friederike*: Das Presseprivileg im Datenschutzrecht. 2005. *Band 146*.
- Niklas, Isabella Maria*: Die europäische Zuständigkeitsordnung in Ehe- und Kindschftsverfahren. 2003. *Band 106*.
- Nojack, Jana*: Exklusivnormen im IPR. 2005. *Band 152*.
- Pattloch, Thomas*: Das IPR des geistigen Eigentums in der VR China. 2003. *Band 103*.
- Peinze, Alexander*: Internationales Urheberrecht in Deutschland und England. 2002. *Band 92*.
- Pfeil-Kammerer, Christa*: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17*.
- Plett, K. und K.A. Ziegert* (Hrsg.): Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11*.
- Pißler, Knut B.*: Chinesisches Kapitalmarktrecht. 2004. *Band 127*.
- Reichert-Facilides, Daniel*: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46*.
- Reiter, Christian*: Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. 2002. *Band 89*.
- Richter, Stefan*: siehe *Veelken, Winfried*.
- Ringe, Georg*: Die Sitzverlegung der Europäischen Aktiengesellschaft. 2006. *Band 171*.
- Rohe, Mathias*: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43*.
- Rothoef, Daniel D.*: Rückstellungen nach § 249 HGB und ihre Entsprechungen in den US-GAAP und IAS. 2004. *Band 122*.
- Rühl, Giesela*: Obliegenheiten im Versicherungsvertragsrecht. 2004. *Band 123*.

- Rusch, Konrad*: Gewinnhaftung bei Verletzung von Treuepflichten. 2003. *Band 109*.
Sachse, Kathrin: Der Verbrauchervertrag im Internationalen Privat- und Prozeßrecht. 2006. *Band 166*.
Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22*.
Sandrock, Andrea: Vertragswidrigkeit der Sachleistung. 2003. *Band 104*.
Schacherreiter, Judith: Das Franchise-Paradox. 2006. *Band 167*.
Schärtl, Christoph: Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen. 2005. *Band 145*.
Schepke, Jan: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62*.
Scherpe, Jens M.: Außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen. 2002. *Band 96*.
–: siehe *Basedow, J.*
Schif, Sven: Allgemeine Vertragsgrundregeln als Vertragsstatut. 2005. *Band 138*.
Schimansky, Annika: Der Franchisevertrag nach deutschem und niederländischem Recht. 2003. *Band 112*.
Schindler, Thomas: Rechtsgeschäftliche Entscheidungsfreiheit und Drohung. 2005. *Band 139*.
Schlichte, Johannes: Die Grundlage der Zwangsvollstreckung im polnischen Recht. 2005. *Band 144*.
Schmidt, Claudia: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31*.
Schmidt-Parzefall, Thomas: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47*.
Schnyder, Anton K.: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20*.
Scholz, Ingo: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61*.
Schütze, Elisabeth: Zession und Einheitsrecht. 2005. *Band 155*.
Schurr, Francesco A.: Geschäftsimmanente Abstandnahme. 2006. *Band 165*.
Seibt, Christoph H.: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42*.
Seif, Ulrike: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52*.
Selbig, Sabine: Förderung und Finanzkontrolle gemeinnütziger Organisationen in Großbritannien und Deutschland. 2006. *Band 173*.
Sieghörtner, Robert: Internationales Straßenverkehrsunfallrecht. 2002. *Band 93*.
Siehr, Kurt: siehe *Dopffel, Peter*.
Söhnngen, Martin: Das internationale Privatrecht von Peru. 2006. *Band 162*.
Solomon, Dennis: Der Bereicherungsausgleich in Anweisungsfällen. 2004. *Band 124*.
Sonnentag, Michael: Der Renvoi im Internationalen Privatrecht. 2001. *Band 86*.
Spahlinger, Andreas: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64*.
Stegmann, Oliver: Tatsachenbehauptung und Werturteil in der deutschen und französischen Presse. 2004. *Band 120*.
Stiller, Dietrich F.R.: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19*.
Takahashi, Eiji: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan – Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38*.
Tassikas, Apostolos: Dispositives Recht und Rechtswahlfreiheit als Ausnahmereiche der EG-Grundfreiheiten. 2004. *Band 114*.
Thiele, Christian: Die zivilrechtliche Haftung der Tabakindustrie. 2003. *Band 115*.
Thoms, Cordula: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51*.
Tiedemann, Andrea: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34*.

- Tiedemann, Stefan*: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45*.
- Trulsen, Marion*: Pflichtteilsrecht und englische family provision im Vergleich. 2004. *Band 129*.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter*: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30*.
- Verse, Dirk A.*: Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. *Band 72*.
- Waehler, Jan P.* (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12*.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. Band 1. 1981. *Band 4*.
 - Band 2. 1983. *Band 9*.
 - Band 3. 1990. *Band 25*.
 - Band 4. 1990. *Band 26*.
 - Band 5. 1991. *Band 28*.
- Wang, Xiaoye*: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35*.
- Wazlawik, Thomas*: Die Konzernhaftung der deutschen Muttergesellschaft für die Schulden ihrer US-amerikanischen Tochtergesellschaft. 2004. *Band 131*.
- Weishaupt, Axel*: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3*.
- Weller, Matthias*: Ordre-public-Kontrolle internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen im autonomen Zuständigkeitsrecht. 2005. *Band 143*.
- Wesch, Susanne*: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39*.
- Weyde, Daniel*: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58*.
- Wiese, Volker*: Der Einfluß des Europäischen Rechts auf das Internationale Sachenrecht der Kulturgüter. 2006. *Band 160*.
- Willemer, Charlotte*: Vis attractiva concursus und die Europäische Insolvenzverordnung. 2006. *Band 163*.
- Witzleb, Normann*: Geldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen durch Medien. 2002. *Band 94*.
- Wu, Jiin Yu*: Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. *Band 71*.
- Wurmnest, Wolfgang*: Grundzüge eines europäischen Haftungsrechts. 2003. *Band 102*.
–: siehe *Basedow, J.*
- Zeeck, Sebastian*: Das Internationale Anfechtungsrecht in der Insolvenz. 2003. *Band 108*.
- Ziegert, K.A.*: siehe *Plett, K.*
- Zobel, Petra*: Schiedsgerichtsbarkeit und Gemeinschaftsrecht. 2005. *Band 154*.